

# Stenographisches Protokoll

100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

VI. Gesetzgebungsperiode

Dienstag, 28. Oktober 1952

## Inhalt

### 1. Personalien

- a) Krankmeldungen (S. 3949)
- b) Entschuldigungen (S. 3949)

### 2. Bundesregierung

- a) Schriftliche Anfragebeantwortungen 513 bis 515 (S. 3949)
- b) Neubildung der Bundesregierung — Regierungserklärung des Bundeskanzlers Doktor Figl (S. 3950)  
Antrag Ing. Raab auf Eröffnung der Debatte in der nächsten Sitzung — Annahme (S. 3950)

### 3. Regierungsvorlagen

- a) Novelle 1952 zum Kunstakademiegesetz (663 d. B.) — Unterrichtsausschuß (S. 3949)
- b) 5. Börsenfonds-Novelle (664 d. B.) — Finanz- und Budgetausschuß (S. 3949)

### 4. Verhandlung

Bericht und Antrag des Hauptausschusses: Billigung der von der Bundesregierung zur baldigen Lösung der österreichischen Frage unternommenen Schritte (662 d. B.)

Berichterstatter: Ludwig (S. 3951)

Redner: Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Gruber (S. 3951), Ernst Fischer (S. 3957), Dr. Koref (S. 3967), Hartleb (S. 3974) und Dr. Tončić (S. 3977)  
Annahme des Ausschußantrages (S. 3983)

### Eingebracht wurden

#### Anfragen der Abgeordneten

Olah, Horn, Holzfeind, Voithofer u. G. an den Bundeskanzler, betreffend materielle

Anerkennung für Opfer der Pflichterfüllung im öffentlichen Dienst und Übernahme der Versorgung durch die Bundesregierung für Angehörige des Opfers, für welche die gesetzliche Unterhaltspflicht besteht (561/J)

Widmayer, Dr. Neugebauer, Appel, Singer und Gschweidl an den Bundesminister für Inneres, betreffend schwere Schädigung der niederösterreichischen Jagdgebiete durch Uniformierte und Zivilisten (562/J)

Dr. Zechner, Mark, Czernetz u. G. an den Bundesminister für Unterricht, betreffend die Rückkehr von Meisterwerken aus Österreich nach Wien (563/J)

Dr. Pfeifer, Dipl.-Ing. Dr. Buchberger, Hartleb, Dr. Herbert Kraus, Dipl.-Ing. Dr. Scheuch, Alois Gruber u. G. an den Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten, betreffend die Gleichenberger Übereinkommen (564/J)

Dr. Pfeifer, Neumann, Rammer u. G. an den Bundeskanzler, betreffend die Freilassung der von alliierten Militärgerichten verurteilten Österreicher (565/J)

### Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abg. Dr. Stüber u. G. (513/A. B. zu 552/J)

des Bundesministers für Handel und Wiederaufbau auf die Anfrage der Abg. Mark u. G. (514/A. B. zu 547/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abg. Honner u. G. (515/A. B. zu 246/J)

## Beginn der Sitzung: 14 Uhr 10 Minuten

Präsident **Kunschak**: Die Sitzung ist eröffnet.

Das stenographische Protokoll der 98. Sitzung vom 15. Oktober 1952 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und daher genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abg. Haunschmidt, Kapsreiter und Dr. Nemez.

Entschuldigt haben sich die Abg. Aigner, Rosa Rück, Müllner, Dr. Stüber, Dr. Reimann, Cerny, Strommer, Stürgkh und Kopleng.

Die schriftlichen Anfragebeantwortungen 513 bis 515 wurden den anfragenden Mitgliedern des Hauses zugewiesen.

Ich ersuche den Schriftführer, Frau Abg. Jochmann, um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführerin Rosa **Jochmann**: Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, betreffend Abänderung des Bundesgesetzes vom 30. Juni 1948, BGBl. Nr. 168, über die Errichtung von Kunstakademien (Novelle 1952 zum Kunstakademiegesetz) (663 d. B.);

Bundesgesetz, womit die Börsenfonds-Novelle vom 16. Juli 1925, BGBl. Nr. 240, neuerlich abgeändert wird (5. Börsenfonds-Novelle) (664 d. B.).

*Es werden zugewiesen:*

663 dem Unterrichtsausschuß;

664 dem Finanz- und Budgetausschuß.

**Präsident:** Vor Eingang in die Tagesordnung wünscht das Wort der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. h. c. Dipl.-Ing. Figl: Hohes Haus! In einer Zeit voll wirtschaftlicher Schwierigkeiten, verursacht zum Teil durch die allgemeine Weltlage, zum guten Teil aber auch durch die Lasten, die uns die fortdauernde Besetzung auferlegt, konnte sich die Bundesregierung über den Budgetvoranschlag für das Jahr 1953 nicht einigen. Unser Bestreben, die Stabilität der Wirtschaft und damit die Erhaltung des Lebensstandards des österreichischen Volkes zu sichern, erfordert unbedingt ein ausgeglichenes Budget. Die Besetzung verursacht aber die Ihnen allen wohlbekannten Einbußen am Steueraufkommen, sie verursacht auf der anderen Seite aber auch zusätzliche Ausgaben.

Die beiden Koalitionsparteien konnten sich trotz langwieriger Verhandlungen über die Grundsätze, nach denen das Budget für 1953 zu erstellen ist, nicht einigen. Die Bundesregierung hat daher die sich aus der Verfassung ergebende Konsequenz gezogen und den Herrn Bundespräsidenten gebeten, sie ihres Amtes zu entheben. Der Herr Bundespräsident hat in Erkenntnis der innen- und außenpolitischen Lage Österreichs seine Entscheidung aufgeschoben und an die Mitglieder der Bundesregierung den Appell gerichtet, doch noch den Versuch zu einer Einigung zu unternehmen. Die Bundesregierung war sich ihrer Verantwortung für die Allgemeinheit bewußt, sie war sich dessen bewußt, daß sie Vorsorge treffen müsse, um die Weiterführung eines geordneten Staatshaushaltes nach dem 1. Jänner 1953 zu sichern, da sonst die Weiterführung der begonnenen Arbeiten, die Bezahlung der Gehälter an die Beamten, Angestellten und Arbeiter, die Beiträge des Bundes an Länder und Gemeinden usw. in Frage gestellt wären.

In Verfolg des Appells des Herrn Bundespräsidenten hat die Bundesregierung und haben die beiden Koalitionsparteien die Verhandlungen fortgesetzt, die nunmehr zu einer Einigung dahin gehend führten, daß dem Hohen Haus der Vorschlag unterbreitet wird, die Ansätze des Nachtragsbudgets für das Jahr 1952 zunächst als Budgetprovisorium für die ersten fünf Monate des Jahres 1953 zu beschließen. Mit der Annahme dieses Antrages wäre die Kontinuität des Staatshaushaltes gesichert.

Der Herr Bundespräsident, den ich gemeinsam mit dem Herrn Vizekanzler heute morgen über diesen Stand unterrichtet habe, hat die Demission der Bundesregierung nunmehr angenommen und mich mit der Neubildung der

Bundesregierung betraut. Ich habe dem Herrn Bundespräsidenten vorgeschlagen, die Bundesregierung in der gegenwärtigen Zusammensetzung wiederzubetrauen. Auf Grund dieses Vorschlages hat der Herr Bundespräsident die neue Bundesregierung in ihrer bisherigen Zusammensetzung ernannt. Nach Durchführung der von der Bundesverfassung vorgeschriebenen formellen Erledigung ist daher die Bundesregierung ab heute in der bisherigen Zusammensetzung wieder im Amte. Diese Regierung wird sich so wie bisher bemühen, die Stabilität der Wirtschaft zu sichern und für die Freiheit Österreichs einzutreten.

Die differierenden Auffassungen der beiden Koalitionsparteien, die bei den Budgetberatungen aufgeschienen sind, mit den daraus sich ergebenden Ereignissen der letzten Tage haben aber klar gezeigt, daß ein Appell an das österreichische Volk unerläßlich geworden ist. Da dem Hohen Hause bereits Initiativanträge von Abgeordneten zum Nationalrat auf vorzeitige Auflösung des Hauses vorliegen, empfiehlt die Bundesregierung, ohne der Entscheidung des Hohen Hauses vorgreifen zu wollen, den Wahltermin möglichst frühzeitig festzusetzen. Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß diese Neuwahlen möglichst rasch durchzuführen wären und daß daher unverzüglich all die in der Verfassung festgelegten gesetzlichen Vorbereitungen zur Durchführung der Neuwahlen zu treffen wären.

Hohes Haus! Das österreichische Volk hat die Ereignisse der letzten Tage mit gespannter Aufmerksamkeit und großer Anteilnahme verfolgt. Das Hohe Haus und die Mitglieder der Bundesregierung sind sich ihrer Verantwortung in der schwierigen Lage voll bewußt. Ich appelliere an das österreichische Volk, die Ruhe und Disziplin, die es in den letzten Tagen bewahrt hat, auch während des nun zu erwartenden Wahlkampfes zu bewahren. Österreich muß einen neuerlichen Beweis der demokratischen Reife seiner Bevölkerung erbringen. Es ist dies gerade jetzt, da die österreichische Frage die Weltöffentlichkeit neuerlich beschäftigen wird, besonders notwendig. Wir wollen der Welt beweisen, daß Österreichs Regierung, seine Volksvertretung und sein Volk einmütig nur ein Ziel verfolgen: die Wiedererringung der vollen Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs! (*Lebhafter Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

**Präsident:** Zur Erklärung der Regierung hat sich der Herr Abg. Raab zum Wort gemeldet.

Abg. Ing. Raab: Ich beantrage, die Debatte über die Regierungserklärung als Punkt 1 der Tagesordnung der nächsten Sitzung abzuführen.

**Präsident:** Die Frauen und Herren haben den Antrag gehört. Wer damit einverstanden ist,

den bitte ich, sich von dem Sitz zu erheben. (*Geschicht.*) Ich danke sehr. Der Antrag ist angenommen. Es wird daher die Debatte über diese Erklärung in der nächsten Sitzung erfolgen.

Wir gehen in die Tagesordnung ein: Bericht und Antrag des Hauptausschusses, betreffend **Billigung der von der Bundesregierung zur baldigen Lösung der österreichischen Frage unternommenen Schritte** (662 d. B.).

Berichterstatter Ludwig: Hohes Haus! Der Hauptausschuß hat am 16. Oktober 1952 eine Sitzung abgehalten, auf deren Tagesordnung ein Bericht des Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten stand.

Bundesminister Dr. Gruber erörterte in seinem Referat eingehend die außenpolitische Lage Österreichs, wobei er insbesondere auf den gegenwärtigen Stand der Staatsvertragsverhandlungen zu sprechen kam. In der anschließenden Debatte ergriffen die Abg. Doktor Koref, Dr. Pittermann, Dr. Pfeifer, Ludwig und Hartleb das Wort. Bundesminister Dr. Gruber beantwortete einige in der Debatte an ihn gerichtete Anfragen.

Der Hauptausschuß nahm den Bericht des Bundesministers einstimmig zur Kenntnis.

Der Hauptausschuß sprach sich weiters für die Abführung einer außenpolitischen Debatte im Plenum des Nationalrates aus und hielt seine Willensmeinung in einer Entschliebung fest, die er dem Plenum zur Annahme empfiehlt.

In den Ausführungen der früher erwähnten Mitglieder des Hauptausschusses trat vor allem die Notwendigkeit aktiver außenpolitischer Betätigung der Republik Österreich zutage. Es war selbstverständlich, daß die Sprecher des Hauptausschusses in erster Linie Gewicht darauf legten, daß die weitere Evolution der österreichischen Außenpolitik in engem Zusammenhang mit dem österreichischen Parlamente vor sich gehen müsse. Wenn hier von seiten eines Redners erklärt wurde, daß der sogenannte Außenpolitische Ausschuß wesentlich an Bedeutung verloren habe, so mag das richtig sein. Auf der anderen Seite darf man aber nicht vergessen, daß ja Bestrebungen im Zuge sind, die Geschäftsordnung des Hauses, die heute schon mancherlei Schwächen aufweist, einer Erneuerung zuzuführen, und unter den vordringlichen Themen, die hier auf der Tagesordnung der Arbeiten stehen, befindet sich auch die Aktualisierung der Arbeiten des Außenpolitischen Ausschusses.

In der Thematik der verschiedenen Darlegungen trat auch das Verhältnis zur Presse des Auslandes in den Vordergrund, und es war nicht zuletzt der Bundesminister für die

Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Gruber, der hier gewisse Reformbedürftigkeiten ohne weiteres zugab. Von seiten des Ausschusses wurde mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß die Leitung der österreichischen Außenpolitik sich bemühen werde, den Kontakt mit der Presse lebhafter zu gestalten. Es wurde auch über verschiedene offene publizistische Fragen gesprochen, die zwischen der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten und Österreich bestehen, und es war mehr als einfache Fragebeantwortung, wenn die Leitung der österreichischen Außenpolitik das Versprechen abgab, sie werde sich bemühen, gerade auf diesem Gebiete gemeinsame Arbeitsmöglichkeiten zu erschließen.

Die außenpolitische Aktivität der österreichischen Bundesregierung hat unleugbare Erfolge gezeitigt. Einer dieser Erfolge besteht darin, daß die Frage des österreichischen Staatsvertrages endlich auf die Tagesordnung der UNO gesetzt wurde. Ohne daß sich der Hauptausschuß hier übertriebenen Hoffnungen hingeeben hätte, so begrüßt er es trotzdem, daß endlich dieses Thema vor dem maßgebenden internationalen Forum zur Sprache gebracht wird. Die Reisen des österreichischen Bundeskanzlers in die Vereinigten Staaten, England, Frankreich sowie in die Mitgliedstaaten des Benelux-Konzerns sind unleugbar von Bedeutung gewesen, und der Berichterstatter glaubt nicht fehlzugehen, wenn er an dieser Stelle der Bundesregierung den Dank des österreichischen Volkes ausspricht. Ebenso haben die Bemühungen des Bundesministers für die Auswärtigen Angelegenheiten das entsprechende Verständnis der österreichischen Öffentlichkeit gefunden, und auch die Beteiligung von Mitgliedern des österreichischen Parlaments an den europäischen Aufbauarbeiten ist nicht ohne entsprechende Beachtung vorübergegangen.

Der Antrag des Hauptausschusses lautet: Das Hohe Haus wolle beschließen:

Der Nationalrat billigt die von der Bundesregierung unternommenen Schritte, die darauf abzielen, die Weltmeinung auf die derzeitige unbefriedigende Lage in Österreich mit allem Nachdruck hinzuweisen und zu mobilisieren und die Tätigkeit der Vereinten Nationen im Interesse einer baldigen Lösung der österreichischen Frage zu aktivieren.

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Minister Gruber.

Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Gruber: Hohes Haus! Gestatten Sie mir, daß ich Ihnen zum Verständnis der letzten Vorgänge auf dem Gebiet des Kampfes Österreichs um seine Freiheit

3952 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 28. Oktober 1952

einige Peripetien der Staatsvertragspolitik in Erinnerung rufe. Sie wissen, daß im Jahre 1949 eine Konferenz der Außenminister stattgefunden hat, die sich neben der Frage Berlin vorwiegend auch mit der Frage Österreich befaßt hat, eine Außenministerkonferenz, die mit einem Protokoll geendigt hat, in dem nicht nur die Grundzüge eines Staatsvertragsentwurfes festgelegt wurden, sondern auch als Termin für die Arbeiten der Stellvertreterkonferenz der 1. September des Jahres 1949 genannt war. Im Zuge dieser in Paris durchgeführten Beratungen habe ich selbst wiederholt Gelegenheit gehabt, mit den sowjetischen Staatsmännern und Delegierten über die Fragen des österreichischen Staatsvertrages zu sprechen.

Es hat damals auf der Seite der Sowjetunion nur eine Auffassung gegeben; es war kurz gesagt diese: Wenn die Westmächte und wenn Österreich bereit sind, die Forderungen der Sowjetunion aus der Frage des Deutschen Eigentums zu honorieren, beziehungsweise wenn man sich über eine gemeinsame Plattform auf diesem Gebiet einigen kann, werde der Staatsvertrag ohne jede weitere Schwierigkeit zustandekommen. Es war damals weder die Frage Triest noch die Frage einer Kommission für die Demilitarisierung auch nur mit einem Wort erwähnt worden.

Nach diesen klaren Zusicherungen haben nicht nur wir, sondern die überwiegende Mehrheit aller Diplomaten der an den Verhandlungen beteiligten Länder und darüber hinaus die Weltöffentlichkeit der Meinung gehuldigt, daß die Sowjetunion dieses ihr so klar gegebene Wort auch einlösen werde. Es zeigte sich aber schon am Ende des Jahres 1949 anlässlich der Beratungen der Vereinten Nationen in New York, daß sich neue Schwierigkeiten aufzuhäufen begannen. Während es nämlich den Stellvertretern gelungen war, den Vertrag praktisch technisch fertigzustellen, wenn ich von einigen Artikeln von wesentlich weniger Gewicht absehe — es waren fünf, die nicht erledigt werden konnten —, sodaß man füglichweise bereits den Antrag zu formulieren imstande war, ein Redaktionskomitee von Experten einzusetzen, um den österreichischen Staatsvertrag technisch zu finalisieren, zeigte sich, daß die Sowjetunion nicht bereit war, einem solchen Antrag zuzustimmen. Das ließ schon vermuten, daß sich die Auffassung der Sowjetunion in dieser kurzen Spanne Zeit, vom Juni 1949 bis Ende des Jahres, geändert hatte.

1950 und 1951 fand eine Reihe von Bemühungen statt, zum Teil zurückgehend auf die Initiative der österreichischen Regierung, zum Teil auf die der Vertragsmächte unter-

einander, um die Verhandlungen über den Staatsvertrag wieder flottzumachen. Es war damals völlig evident und der österreichischen Regierung auch zugesichert, daß die Westmächte bereit seien, den Staatsvertrag in der Fassung zu finalisieren, in den ihn die Stellvertreter für den österreichischen Staatsvertrag gebracht hatten; sie waren sogar bereit, gewisse Konzessionen auf dem Gebiet der offenen Artikel noch zu machen. Als dieser Wille der Vertreter der Westmächte evident geworden war, begannen plötzlich die sowjetischen Vertreter neue Blöcke auf die Schienen zu rollen, auf denen der Staatsvertrag gewissermaßen seinem Ende zurollen sollte. Diese beiden neuen Fragen, die in dieser Zeit auftauchten, waren die Frage Triest und die Frage der Einsetzung einer Kommission zur Überprüfung der Demilitarisierung und der Entnazifizierung in Österreich. Wir ließen uns trotzdem zunächst nicht entmutigen, und nach verschiedenen Notenwechseln, zuletzt zurückgehend auf eine Note der österreichischen Regierung vom 31. Oktober 1951, versuchten wir neuerdings, die Stellvertreter für den Staatsvertrag zu einer Sitzung in London zusammenzubringen.

Ich bringe das deshalb in Erinnerung, weil die Ablehnung dieser Einladung der Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung war. Ich möchte mir gestatten, Ihnen die letzte Antwort des sowjetischen Geschäftsführers für die Staatsvertragsfrage Yerofeev im Wortlaut zu bringen. Es handelt sich um das Schreiben des sowjetischen Geschäftsträgers in London an den Sekretär der Stellvertreterkonferenz, betreffend die Verschiebung der Sitzung der Stellvertreter. Es lautet:

„Sehr geehrter Herr Downing! Mit Bezug auf Ihr Schreiben vom 19. Jänner hält es die sowjetische Delegation für notwendig, festzustellen, daß sie, wie auch schon früher, der Ansicht ist, daß die Frage des österreichischen Vertrages nicht unabhängig von der Durchführung des Viermächtebeschlusses über die Demilitarisierung und Denazifizierung Österreichs durch die österreichische Regierung und von der Frage der Erfüllung der Verpflichtungen der Regierungen Englands, der Vereinigten Staaten und Frankreichs aus dem Friedensvertrag mit Italien, soweit das Freie Territorium von Triest davon betroffen ist, geprüft werden kann. Ihre am 19. Jänner eingetroffene Antwort auf das Schreiben der sowjetischen Delegation erfordert Studium. Im Hinblick darauf wird der sowjetische Vertreter nicht in der Lage sein, der Sitzung der Stellvertreter vom 21. Jänner beizuwohnen.

Ihr aufrichtiger  
V. Yerofeev“

## 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 28. Oktober 1952 3953

Der Sowjetvertreter hat also mit diesem sehr kurzen, ich möchte beinahe die Worte „kaltschnäuzigen Dokument“ gebrauchen, zum Ausdruck gebracht, daß er nicht bereit wäre, an einer Sitzung über die Gestaltung des alten Entwurfes teilzunehmen.

Das Hohe Haus muß das ständig in Erinnerung behalten, wenn wir uns der Propaganda gegenübersehen, daß der Kurzvertrag gewissermaßen erfunden wäre, um die Staatsvertragsverhandlungen zu torpedieren. Es ist auch gar keine Frage, daß diese entschiedene Ablehnung, an einer solchen Sitzung teilzunehmen, in dem Moment zustande gekommen ist, als evident war, daß die Westmächte bereit waren, den alten Staatsvertrag zu unterschreiben. Darüber ist die österreichische Regierung von seiten der Westmächte eindeutig unterrichtet worden.

Erst nach dieser Phase, als es klar geworden war, daß in der nächsten Zukunft mit einer positiven Erledigung des Staatsvertrages nicht zu rechnen war, weil man nicht einmal imstande war, die Verhandlungen flottzumachen, wurden von den Westmächten gleichlautende Noten in der Frage des Kurzvertrages zur Diskussion gestellt. Diese Frage ist niemals als konferenzfähig auf den Tisch der Stellvertreter gelegt worden aus dem einfachen Grunde, weil seit dieser Zeit eine Stellvertreterkonferenz nicht stattgefunden hat. Es war vielmehr eine Diskussionsgrundlage und wurde von der österreichischen Regierung als eine solche dem Hohen Haus gegenüber bezeichnet. Es war letzten Endes der Ausdruck einer Situation der völligen Ungewißheit über das Datum des Abschlusses des Staatsvertrages und über die Sowjetpolitik gegenüber Österreich. Sie hat zum Ausdruck gebracht, daß eine Regierung, die im Jahre 1949 ein Mandat vom Parlament erhalten hatte, über gewisse Fragen des Staatsvertrages zu verhandeln, dieses Mandat nicht für alle Zeiten in Besitz behalten kann, daß sie es zurücklegen muß und daß das Parlament zum gegebenen Zeitpunkt über diese Frage neuerlich befragt werden muß.

Seitdem der Kurzvertrag in die Diskussion geworfen wurde, hat sich freilich in der Diskussion der Österreich-Frage ein gewisser Frontenwechsel vollzogen. Seit diesem Zeitpunkt ist es die Sowjetunion, die die Frage des alten Vertrages in den Vordergrund stellt, des Vertrages, über den zu verhandeln sie im Jänner bekanntlich nicht bereit gewesen ist. Freilich hat sie nie und niemandem erklärt, daß sie bereit wäre, den alten Entwurf als solchen zu behandeln oder ihn etwa gar abzuschließen, sondern sie hat die Formel geprägt, vorher müsse über gewisse Fragen eine Einigung erzielt werden. Es sind das

die Frage Triest und die Frage einer Kommission zur Demilitarisierung und Entnazifizierung Österreichs.

Gestatten Sie mir daher, daß ich noch einmal, obwohl ich das Hohe Haus mit dieser Frage schon einmal beschäftigt habe, kurz bei diesen Einwendungen verharre.

Über die Frage der Demilitarisierung und Entnazifizierung Österreichs hat bereits eine alliierte Kommission getagt. Diese alliierte Kommission hat im Jahre 1946 Österreich kreuz und quer durchreist und hat, was damals ja noch möglich war, einvernehmliche Feststellungen getroffen.

Gestatten Sie mir, daß ich Ihre Zeit in Anspruch nehme, um Ihnen einen Auszug aus dem Bericht der Demilitarisierungskommission zu erstatten.

„Untersuchung der Alliierten Hohen Kommission für Österreich über die Demilitarisierung Österreichs.“

Der Alliierte Rat erstattete am 7. Feber 1947 einen Bericht über den Stand seiner Untersuchungen über die Demilitarisierung Österreichs, die auf Grund eines viergliedrigen Beschlusses vom 22. November 1946 voll im Gange war.

Bezüglich der Landstreitkräfte wurde darin von den vier Elementen einvernehmlich festgestellt, daß alle zur Zeit bekannten Waffen und Ausrüstungsgegenstände vernichtet oder unbrauchbar gemacht, aus Österreich weggeführt oder von den Besatzungsmächten übernommen wurden. Alle bekannten militärischen Einrichtungen inklusive Befestigungen, militärische Depots aller Art, Militärschulen und Arsenale wurden zerstört oder aufgelöst, bis auf jene, die von den Besatzungsmächten in ihrer Zone benützt werden. Alle industriellen Unternehmungen und alle bekannten technischen, wissenschaftlichen und Forschungseinrichtungen, die früher militärischen Zwecken dienten, wurden demilitarisiert und in den einzelnen Zonen unter die Aufsicht der Besatzungsmächte gestellt.“

Ähnliches wurde über die Luftfahrzeuge, Luftstreitkräfte und Wasserstreitkräfte festgestellt, was ich im einzelnen hier nicht wiederholen möchte.

Sie sehen also, daß das, was hier gefordert wird, im Jahre 1946 durch eine Kommission bereits einvernehmlich als erledigt festgestellt worden ist. Ich glaube, wir müssen diese Umstände festhalten, weil sie in vollkommenem Widerspruch zu jener Propaganda stehen, die immer wieder behauptet, daß in Österreich die Demilitarisierung niemals durchgeführt worden sei.

Nunmehr wird von der sowjetischen Seite neuerdings die Gründung einer solchen Kommission vorgeschlagen. Aber was, Hohes

Haus, glauben Sie, wäre das Resultat dieser Kommission? Ich wage zu behaupten, daß sich diese Kommission wahrscheinlich nicht einmal über ihren Fahrplan einigen würde, daß es sehr fraglich wäre, daß sie sich überhaupt darüber einigen würde, wo sie beginnen sollte, daß wir vielleicht Monate, vielleicht Jahre einen Streit der Kommission sähen, die gewissermaßen zur Vorbedingung des Abschlusses des Staatsvertrages gemacht wird.

Lassen Sie mich im Licht dieser Umstände die Haltung der österreichischen Regierung zur Frage der Demilitarisierung nochmals eindeutig präzisieren. Wir müssen dabei zunächst militärische Vorbereitungen unterscheiden, die von den Besatzungsmächten selbst getroffen werden. Diese fallen nicht in die Ingerenz der österreichischen Regierung, sie sind ausschließlich Angelegenheit der Alliierten selbst, und das Kontrollabkommen wurde bekanntlich in einem solchen Sinn abgefaßt, daß es in die Ingerenz der Hochkommissäre selbst falle, welche Einrichtungen sie für die Sicherheit ihrer Truppen für notwendig und wünschenswert halten. Wenn daher von der sowjetischen Seite Änderungen gewünscht werden, dann möge sie sich mit den übrigen Alliierten in Verbindung setzen, um entweder eine Verringerung der in Österreich stationierten Militärstände herbeizuführen oder, was wahrscheinlich niemanden kränken würde, die Militärs in Österreich durch eine zivile Aufsicht zu ersetzen. Ich glaube nicht, daß die Vielzahl der Truppen in Österreich für die Sicherung unserer österreichischen Bevölkerung notwendig ist. Es gibt sogar sehr häufig Äußerungen, in denen die Truppen als Quelle gewisser Unsicherheiten bezeichnet werden. (*Zustimmung bei den Parteigenossen.*)

Was nun, Hohes Haus, die Frage der Rüstung durch Österreich selbst betrifft, hat sie der Herr Bundesminister für Inneres schon wiederholt in den Bereich der Lüge verwiesen. Es gibt keinerlei militärische Rüstungen in Österreich. Das ist ja geradezu, als ob ein waffenstarrer Mars einem unbewaffneten friedlichen Wanderer begegnet und ihm zum Vorwurf macht, er sei bis an die Zähne bewaffnet. Wenn der Stand der österreichischen Gendarmerie um ein paar hundert Mann erhöht wurde, so steht, wie der Herr Bundesminister für Inneres im Haus schon öfter kundgetan hat, dies erstens in vollem Einklang mit dem österreichischen Kontrollabkommen, und es entspricht darüber hinaus lediglich dem Sicherheitserfordernis Österreichs. Es kann also keine Rede davon sein, daß es auf militärischem Gebiet irgendwelche Vorbereitungen Österreichs gibt. Und wenn schließlich einmal der Staatsvertrag abgeschlossen sein wird und die Bestimmungen des Vertrages in

Kraft treten werden, dann steht es außerhalb jedes Zweifels, daß sich das Parlament für die Ratifikation eines derartigen Vertrages und für die vollkommene Einhaltung der Bestimmungen verbürgt.

Die österreichische Regierung hat niemals eine Politik der Militarisierung angestrebt; was sie angestrebt hat, ist lediglich eine Politik der Sicherheit, der Sicherheit ihrer inneren Einrichtungen, die schon vielfach bedroht wurden. Wenn man auf österreichischem Boden Vorbereitungen militärischer Art nicht haben will, dann gibt es nur den gleichzeitigen Abzug aller Besatzungskräfte. Dadurch wird jede militärische Vorbereitung auf österreichischem Boden hinfällig.

Was die Frage Triest betrifft, so haben wir schon wiederholt festgestellt, daß zwischen der Frage Triest und dem österreichischen Staatsvertrag kein Zusammenhang besteht. Wenn die Sowjets glauben, auf diesem Gebiete Beschwerden erheben zu müssen, so ist es ihre Angelegenheit, ob sie in entsprechenden diplomatischen Noten in einen Gedankenaustausch mit den Alliierten auf der anderen Seite eintreten wollen. Wir haben auf diese Frage weder eine Ingerenz, noch haben die Spezialdelegierten für den österreichischen Staatsvertrag, die für die Erledigung einer bestimmten Aufgabe zusammenberufen wurden, die Möglichkeit oder die Kompetenz, in diese Frage einzugreifen, und es muß uns gelegentlich mit einer gewissen Verwunderung erfüllen, daß gerade jene Seite, die immer mit einer solchen Präzision auf den Prozedurbestimmungen beharrt, in diesem Falle die Prozedurbestimmungen ohne Zweifel außer acht gelassen hat.

Die sowjetische Regierung hat bekanntlich in einer ihrer letzten Antwortnoten über die Westmächteerklärungen die Frage erhoben, ob die österreichische Regierung bereit sei, den alten Staatsvertrag anzuerkennen oder nicht. Es hat auch eine Aussprache zwischen mir und Vertretern der sowjetischen Seite über dieselbe Frage stattgefunden. Ich habe zu diesem Problem eine sehr einfache und klare Haltung eingenommen: Das Parlament hat uns im Jahre 1949 eine Verhandlungsermächtigung gegeben. Diese Verhandlungsermächtigung muß aber im Lichte der historischen Entwicklung als erloschen betrachtet werden, weil nämlich die natürliche Gegenleistung, die Räumung des Landes und der Abschluß des Staatsvertrages, nicht eingetreten ist. Es ist daher Sache des österreichischen Parlaments, zu entscheiden, welche Opfer es heute für angemessen hält, welche Bestimmungen es nunmehr als Preis für die Freiheit des Landes für tragbar hält. Wir sind auch bereit, dem Parlament diese Frage neuerlich vorzulegen,

aber selbstverständlich nur auf Grund einer klaren Alternative und nicht auf Grund irgendwelcher vager Hypothesen und unbestimmter Zusicherungen. Die Frage muß so formuliert werden: Hier ein bestimmter Termin für die Freiheit, und hier die Opfer und Lasten, die dafür in Kauf genommen werden müssen. Solange wir diese Klarheit nicht herbeiführen können, glaube ich nicht, daß sich das österreichische Parlament entschließen würde, neue Opfer zu übernehmen.

Ich möchte dem Hohen Hause auch nicht verhehlen, daß uns, wenn auch nicht in direkter Weise, so doch durch verschiedene diplomatische Kanäle angedeutet worden ist, die Frage Triest könnte vielleicht nicht jene große Bedeutung behalten, die sie einmal besessen hat; sie könnte vielleicht an die zweite Stelle rücken und eine sekundäre Rolle einnehmen. Es wurde also gewissermaßen angedeutet, daß es vielleicht doch möglich wäre, über diese Frage hinwegzukommen. Es gibt bekanntlich auch andere Spekulationen, nämlich die Spekulation: wenn Österreich diese oder jene Erklärung abgibt, dann werde der Staatsvertrag als reife Frucht sehr rasch von diesem Baume fallen.

Hohes Haus! Wie haben wir nun diese verschiedenen Andeutungen zu beurteilen? Ich glaube, ein Urteil kann sich in dieser wichtigen Frage niemals auf Spekulationen gründen, sondern nur auf Erfahrung. Die Erfahrung hat uns aber bisher gelehrt, daß sich eine Forderung an die andere gereiht hat, und kaum waren wir bereit, die eine zu erfüllen, ist schon eine neue aufgetaucht. Es ist daher klar, daß man auch diese Frage dem österreichischen Parlament nur dann vorlegen kann, wenn der gesamte Weg genau übersehbar ist. Es hätte keinen Sinn, einen dunklen Tunnel zu betreten ohne klare Sicht auf den Ausgang. Es ist ein altes Prinzip der Bergsteiger, sich nur dann abseilen zu lassen, wenn man weiß, wie es unten weitergeht. Wir müssen also Klarheit haben, wohin der Weg führt; wir müssen präzise die wirklichen Absichten der beteiligten vertragschließenden Mächte kennen. Erst dann kann das österreichische Parlament neuerdings mit diesen Fragen befaßt werden, und dann erst wird das österreichische Volk seine Entscheidung treffen.

Wir waren deshalb der Meinung, daß es dann, wenn man sowjetischerseits einen Beitrag zur echten Verständigung in der Welt will, keinen Sinn hat, sich mit einer Politik vager Andeutungen gewissermaßen von der Verantwortung zu salvieren. Da müssen die Karten klar auf den Tisch gelegt werden. Wir werden alles unternehmen, um diese Klarheit zu schaffen, wir werden keinen wie immer getarteten Weg außer acht lassen, wenn er uns

eröffnet wird, um der österreichischen Volksvertretung diese Klarheit zu vermitteln. Aber es ist selbstverständlich, daß, solange nicht jene erforderliche Klärung eingetreten ist, Österreich die Hände nicht in den Schoß legen kann.

Das österreichische Volk hat von allen Verschleppungsmanövern genug, es wünscht jetzt, seine Stimme zu erheben und die Welt über die unwürdige Behandlung zu informieren, der es seit siebeneinhalb Jahren ausgesetzt ist.

Vor einigen Wochen hat eine sehr angesehene englische Zeitung, der „Economist“, einen Aufsatz gebracht, in dem gesagt wurde: Es ist zwar sehr traurig für Österreich, daß es von vier Mächten besetzt ist, aber Österreich wird sich eben daran gewöhnen müssen, wie sich eben auch die Welt daran zu gewöhnen beginnt.

Wir haben natürlich nicht versäumt, maßgebende Stellen der englischen Politik auf diesen Aufsatz aufmerksam zu machen. Aber man hat ihn dort bagatellisiert und erklärt, das seien eben politisch unreife Leute, die so etwas zusammenschreiben. Aber, Hohes Haus, es ist zu vermuten, daß in diesem Aufsatz sicher ein richtiger Kern steckt, ein Kern, der eine Stimmung kennzeichnet, die für den Bestand Österreichs zweifellos nicht ungefährlich ist. Es ist der Gedanke, die Welt könne sich an diesen Zustand gewöhnen und die Österreicher würden sich nolens volens eines Tages auch daran gewöhnen.

Wir erklären aber eindeutig und klar: Wir werden die Welt sehr aktiv daran hindern, sich an diese Frage zu gewöhnen, und das österreichische Volk wird sich ebenfalls niemals an den Verlust seiner Freiheit gewöhnen! (*Starker Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.*)

Österreich kann auch durch eine noch so lange Dauer der Besetzung nicht ersessen werden. In Österreich wird letzten Endes das freie österreichische Volk bestimmen. Es ist unsere Aufgabe, das Gewissen der Welt wachzurufen und wachzuhalten.

Wir müssen in diesem Zusammenhang — wenn Sie mir eine kleine Abweichung gestatten — freilich eines sagen: Die Presse in den westlichen Ländern liefert leider sehr häufig jener österreichfeindlichen Propaganda die Gratismunition. So wird immer wieder eine Gerüchtewelle in Gang gesetzt, es sei die Absicht der österreichischen Regierung, irgendwelche Separatverträge mit den Westmächten zu schließen. Ich glaube nicht, Hohes Haus, daß ich Ihnen die österreichischen Erklärungen in diesem Fall mit besonderem Nachdruck wiederholen muß.

Sie wissen, die Grundlage unserer gesamtstaatlichen Politik ist die Einheit des Landes,

und wir werden niemals einen Schritt gut heißen oder billigen, der auch nur im entferntesten als Zerrei ßung der Einheit des Landes ausgelegt werden könnte. Ich darf Sie auch informieren, daß an uns niemals von westlicher Seite ein solches Ansinnen gestellt wurde. Es ist gar keine Frage — der Herr Bundeskanzler hat es wiederholt eindeutig erklärt —, wir würden ein solches Ansinnen auch ganz entschieden zurückweisen.

Inzwischen wurde nunmehr die Frage Österreich vor die Vereinten Nationen gebracht, und zwar durch eine von uns dankbar begrü ßte Initiative der brasilianischen Regierung, der sich eine Reihe von Staaten zugewendet haben. Der Herr Bundeskanzler hat sich vor kurzem in einer Rede über die Vereinten Nationen mit einem bemerkenswerten Argument befaßt, nämlich mit dem Argument, daß der österreichische Staatsvertrag gewissermaßen nicht in die Kompetenz der Vereinten Nationen, sondern in die Kompetenz der vier Mächte falle. Nun, der Antrag, der den Vereinten Nationen vorliegt, hat nicht zum Gegenstand, die Frage des österreichischen Staatsvertrages in die Kompetenz der Vereinten Nationen überzuführen, sondern er ist ein moralischer Appell an die vier Mächte, ihre Pflicht zu erfüllen. Aber ich glaube, am allerletzten und am allerwenigsten kann sich die sowjetische Seite darauf berufen, daß diese Frage von den vier Mächten zu entscheiden sei; denn diese vier Mächte hätten in den letzten acht Jahren wahrhaftig Zeit genug gehabt, sich mit dieser Frage zu befassen und sie auch zu erledigen. (*Beifall bei den Regierungsparteien.*)

In diesem Lichte müssen wir also die Aktion bei den Vereinten Nationen sehen. Sie soll eine neue feierliche Deklaration der Weltöffentlichkeit sein, daß Österreich einen Anspruch darauf habe, ein freies und selbständiges Land zu sein, ferner, daß Österreich ein Anrecht auf eine gesicherte und friedliche Zukunft habe.

Die Aktion der Vereinten Nationen soll eine politische Demonstration für Österreich sein. Wir wünschen keine politischen Demonstrationen gegen die Sowjetunion. Das liegt uns vollkommen fern. Es mag sicherlich Menschen geben, die glauben, daß eine solche Aktion vielleicht nicht unverdient wäre, aber es geht uns nicht um solche Demonstrationen, es geht uns um Österreich und um seinen Bestand.

Gestatten Sie mir, daß ich heute eines wiederhole: Die Moskauer Deklaration an sich schafft kein Österreich, auch noch so viele juristische Verträge werden Österreich nicht schaffen, wenn nicht das freie österreichische Volk diesen Staat will, wenn nicht dieser

Staat durch seinen Patriotismus lebt und gedeiht. (*Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.*)

Ich muß es mit aller Deutlichkeit sagen: Diese gottverlassene Besatzungspolitik hat doch alles getan, um den österreichischen Patriotismus, das österreichische Staatsgefühl zu schädigen (*Zustimmung*), und es waren einzig die inneren Kräfte, die österreichische Volksvertretung, die Parteien des Parlaments und die österreichische Regierung, die zusammengewirkt haben, um diesen Patriotismus in Österreich zu bewahren. Wir haben den Bestand dieses Staates gesichert, vielfach sogar gegen die Politik, die in diesem Lande auf internationalem Gebiet geführt wurde, und wir glauben, daß für diese historische Rolle, die die inneren Kräfte des Landes hier besorgt haben, letzten Endes auch die großen Mächte von Dankbarkeit erfüllt sein sollten. Denn der Verlust Österreichs würde zwar die Österreicher am tiefsten treffen, aber er würde auch Zustände in der Weltpolitik schaffen, die kein noch so ausgedehntes Vertragswerk jemals wieder beheben könnte.

Und wenn man sagt: Ja, warum hat sich denn gerade Brasilien dieser Sache angenommen?, dann muß ich darauf antworten: Es ist ja traurig genug, daß sich ein relativ fernes Land, wie Brasilien, mit der österreichischen Frage befaßt hat und viel mehr Verantwortungsgefühl dafür hat, was ein Land wie Österreich im Herzen Europas braucht, als jene Macht oder jene Mächte, die es in der Hand hätten, diesen Vertrag zu schaffen und Österreich damit die Lebensmöglichkeit zu geben.

Es ist ja fast als ein historischer Witz zu bezeichnen, daß, wenn es durch unsere Politik einstens gelingen wird, dieses Land zu stabilisieren, es frei und selbständig zu erhalten, die Früchte dieser Politik eben auch der Sowjetunion zugute kommen werden, die eines Tages in ruhigen und geordneten Verhältnissen in Mitteleuropa, die jede einseitige Hegemonie ausschließen, auch einen wichtigen Beitrag zu seiner eigenen Sicherheit finden wird, und dies trotz ihrer sterilen Njet-Politik.

Und fragen wir uns doch letzten Endes eines: Woher soll der kleine Mann im Staat seinen Glauben an dieses Land erhalten, wenn ihm nicht die Gemeinschaft der Nationen dieses Gefühl geben kann? Aus den Folgen der Besatzungspolitik in Österreich kann niemand besondere Hoffnungen ableiten, sosehr wir für die Hilfe dankbar sind, die wir von außen bekommen haben. Aber es ist keine Frage, daß auf dem österreichischen Staatsgefühl diese Zustände schwer lasten. Nur mit aller Anstrengung kann es aufrechterhalten werden,



und letzten Endes müssen wir das große Verdienst in Anspruch nehmen, trotz widriger Umstände den österreichischen Patriotismus und das österreichische Selbständigkeitsgefühl so sehr wachgehalten zu haben.

Mögen daher die Vereinten Nationen dem kleinen Mann im Staate dieses Bewußtsein vermitteln und mögen sie nicht zuletzt den verantwortlichen vertragschließenden Mächten ein klares „Caveant consules!“ zurufen.

Gewiß, die akute Kriegsgefahr der letzten Jahre hat das österreichische Volk in seinen Unmutsäußerungen zurückgehalten, aber ich scheue mich nicht, zu erklären: Man möge erkennen, welche Gefahren in einer Situation liegen, in der eine fremde bewaffnete Soldateska in der Mitte unseres Landes praktisch von einer Bevölkerung umgeben ist, die mit steigendem Unmut dieser Besatzung gegenübersteht.

Der Appell an die Vereinten Nationen soll deshalb nicht eine leere Demonstration gegen diese oder jene Macht sein, er soll vielmehr eine kraftvolle Demonstration der Welt für Österreich sein, eine Demonstration, aus der die Menschen in unserem Lande wieder die Hoffnung ziehen können, daß eines Tages Österreich als freies und selbständiges Land bestehen wird, daß auf dieser Grundlage die Arbeit, das Sparen und die Zukunftshoffnung organisiert werden können.

Und nicht zuletzt soll diese Aktion eine Fahne der Warnung bedeuten, eine Fahne der Warnung, daß man letzten Endes daran denken muß, rechtzeitig diese Besatzung zu beenden, daß es niemandes Vorteil sein kann, die Dinge so weit treiben zu lassen, bis Unwiederbringliches verlorengegangen ist, bis letzten Endes der österreichische Patriotismus in seinem Nerv getroffen sein könnte.

Wenn die Vereinten Nationen diese Situation vor Augen haben und daran denken, daß sie heute die einzigen sind, die dem Mann auf der Straße wieder Vertrauen geben können, Vertrauen, auf das er seine Hoffnung bauen kann, dann, glaube ich, wird die Aktion der Vereinten Nationen von großer historischer Bedeutung für unser Volk sein. *(Zustimmung bei ÖVP, SPÖ und KdU.)*

Lassen Sie mich zum letzten und zum Schlusse eines sagen: Es gibt Menschen, die von den Grundlagen der reinen Machtpolitik ausgehen und immer glauben, man könne die Stärke und die Wirkungen nur in Divisionen oder in Geld oder in irgendwelchen sonstigen materiellen Dingen messen. Ein Staat, der das Recht und das klare Votum der Weltöffentlichkeit auf seiner Seite hat, kann sich der Hoffnung hingeben, daß eines Tages seine Hoffnung auch mit Nachdruck realisiert werden wird. *(Starker anhaltender Beifall bei ÖVP, SPÖ und KdU.)*

**Abg. Ernst Fischer:** Meine Damen und Herren! *(Abg. Dr. Pittermann: Jetzt spricht der Kollege Veto!)* Die außenpolitische Debatte wird unter eigenartigen Umständen veranstaltet. Sie war angekündigt, sie wurde aufgeschoben, sie wurde abgesetzt, sie wurde wieder angekündigt, und sie wurde schließlich abermals um eine Stunde vertagt, weil es der Regierung inzwischen eingefallen ist, eine Art von Krise anzuzetteln. Es war bis vor wenigen Stunden nicht klar, ob wir bei dieser Debatte einer Regierung gegenüberstehen oder nicht.

Man kann im letzten Augenblick feststellen, daß der homerische Kampf — ich meine nicht die Ilias, sondern den Frosch-Mäuse-Krieg — vorübergehend zurückgestellt wurde, jener Kampf, der entbrannt ist über ein Prozent eines Riesenbudgets. Wir werden noch Gelegenheit haben, ausführlich über die Groteske zu sprechen, die sich da ereignet hat, daß eine der Regierungsparteien sagte: 20 Milliarden — das ist ein Hungerbudget, um ein Prozent mehr — das ist ein Budget der sozialen Wohlfahrt, das ist ein Budget der Vollbeschäftigung; während die andere Regierungspartei sagte: 20 Milliarden — das ist ein geordnetes Budget der Sparsamkeit, ein Prozent mehr — das ist die Katastrophe der Inflation.

Wir werden noch Gelegenheit haben, über den ganzen Unernst dieser Argumentation zu sprechen, und ich möchte heute im Zusammenhang mit der außenpolitischen Debatte nur darauf hinweisen, daß offenkundig die Koalitionsregierung das Bedürfnis hatte, nicht nur die Erledigung innenpolitischer, wirtschaftlicher Fragen, sondern auch wesentliche Entscheidungen über außenpolitische Fragen aufzuschieben, bis die Wahlen vorbei sind und bis man dann das Volk mit neuen Lasten, aus Außenpolitik und aus Innenpolitik hervorgehend, überbürden kann.

Die Rede, die der Herr Außenminister heute gehalten hat, war mehr aus dem Stoff, aus dem man Propaganda fabriziert denn Erfolge für Österreich. Ich möchte nur eine bemerkenswerte Äußerung des Herrn Außenministers herausgreifen. Er hat behauptet, die entscheidende Wendung in der Frage der Beratungen um den Staatsvertrag sei im Jahre 1949 eingetreten, damals sei die Sowjetunion mehr oder minder vom Staatsvertrag abgerückt. Ich möchte den Herrn Außenminister erinnern — er selber weiß es am besten —, daß die entscheidende Wendung etwas früher eingetreten ist; sie trat im Zusammenhang mit den Beratungen ein, die in Moskau geführt wurden, unmittelbar vor der berüchtigten Truman-Doktrin, unmittelbar vor der ungeheuren Verschärfung der weltpolitischen Situation durch diese Doktrin. Der Herr Bundeskanzler und der Herr Außenminister

haben nach diesen Moskauer Beratungen in Österreich mitgeteilt, sie seien es gewesen, die den Abschluß eines Staatsvertrages verhinderten. Es war also offenkundig eine Situation, in der der Staatsvertrag zu haben war, in der der Staatsvertrag nahe vor dem Abschluß war, und ich wiederhole: damals waren es die Regierungspolitiker, die sich damit brüsteten, daß sie den Abschluß des Staatsvertrages vereitelten.

Ich gebe zu, daß dann nach der Truman-Doktrin, nach der zunehmenden Verschärfung der internationalen Spannung und vor allem nach der Errichtung des Atlantikblockes die Situation für den Staatsvertrag im allgemeinen schwieriger geworden ist. Das will ich offen zugeben. Aber man muß in diesem Zusammenhang feststellen, daß die österreichischen Regierungspolitiker mehr und mehr dazu übergegangen sind, aus der Frage des Staatsvertrages eine Frage leerer Propaganda zu machen, mehr und mehr dazu übergegangen sind, nicht ernsthaft Mittel und Wege zu suchen, um den Abschluß des Staatsvertrages zu erleichtern, sondern daß sie die Dinge so gewendet haben, daß sie aus den Verhandlungen, aus den Beratungen um den Staatsvertrag möglichst viel antisowjetische Propaganda herauszuschlagen.

Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, das österreichische Volk ist in den Fragen der Außenpolitik der großen Worte müde. Es hat sehr wenig Verlangen nach dem außenpolitischen Theaterdonner, den der Herr Außenminister wieder angekündigt hat, das österreichische Volk wünscht ein tatsächliches Ergebnis der Außenpolitik: Abzug der Besatzungstruppen, Aufhören jeder ausländischen Einmischung, ein wirklich unabhängiges Österreich! Das ist der Wunsch, das ist der Wille des gesamten österreichischen Volkes.

Nun hören wir seit Jahren die Deklamationen der Regierungspolitiker über das Unrecht, das unserem Lande geschieht. Und es ist ohne Zweifel ein Unrecht, das hier geschieht. Wir hören immer wieder Appelle an das Weltgewissen, Ministerreden, Wahlversprechungen. Aber in all den Jahren sind wir dem Ende des Besatzungsregimes nicht um einen Schritt näher gekommen, und Außenpolitik ist nicht nach ihren Phrasen, sondern Außenpolitik ist nach ihren Ergebnissen zu bewerten.

Wenn man außenpolitisch etwas erreichen will, darf man freilich nicht von Illusionen ausgehen, sondern man muß die gegebenen Tatsachen berücksichtigen. Wir wissen sehr gut, daß viele Politiker die machtvolle Existenz der Sowjetunion nicht wahrhaben wollen, aber sie ist eine Tatsache, man kann sie nicht wegwischen, man muß ihr Rechnung tragen. Wir wissen ebenso, daß viele Politiker sich

sträuben, den Abfall Chinas und der volksdemokratischen Länder vom System des Kapitalismus zur Kenntnis zu nehmen, aber es ist eine Tatsache, daß ein Drittel der Menschheit die Herrschaft des Kapitalismus gebrochen hat und daß ein weiteres Drittel — vor allem in den kolonialen und halbkolonialen Ländern — auf dem Sprung ist, dem Beispiel Chinas zu folgen, und schließlich ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß Österreich an der Grenze zwischen den beiden Welten liegt, daß es wirtschaftlich und politisch auf gute Beziehungen zur Sowjetunion wie zu allen anderen Ländern angewiesen ist und daß die Amerikaner nicht ewig in Europa bleiben werden, die Sowjetunion aber bleibt. Man kann sich über diese Tatsachen nicht ungestraft hinwegsetzen, und wenn man die Kraft der neuen Welt unterschätzt, wenn man abenteuerlich von einem amerikanischen Jahrhundert träumt, wird man einen Fehler nach dem anderen machen. Die einseitige Orientierung der österreichischen Außenpolitik auf die Vereinigten Staaten von Amerika hat unser Land wirtschaftlich und politisch an den Rand der schwersten Krise gebracht. Das mag vielleicht den Interessen der Vereinigten Staaten entsprechen — den Interessen Österreichs entspricht es auf keinen Fall.

Wir hören nun häufig den Einwand, man könne eigentlich nichts tun, um die Situation zugunsten Österreichs zu ändern. Solange die weltpolitische Spannung besteht, sei keine Lösung der österreichischen Frage zu erwarten. Es ist unbestreitbar, daß das Schicksal Österreichs aufs engste mit dieser weltpolitischen Spannung zusammenhängt und daß die österreichische Frage nur gelöst werden kann, wenn die Großmächte sich verständigen. Ohne Verständigung der Großmächte gibt es keinen Staatsvertrag, keinen Abzug der Besatzungstruppen, keine Wiederherstellung unserer Unabhängigkeit. Es wäre daher die entscheidende Aufgabe der österreichischen Außenpolitik, alles zu unterlassen, was zu einer Verschärfung der Gegensätze beiträgt, und alles zu tun, um eine Verständigung zu erleichtern. Wir sind von der Möglichkeit einer solchen Verständigung überzeugt. Wir halten es für möglich, daß verschiedene gesellschaftliche Systeme nebeneinander bestehen, daß sie normale diplomatische und Handelsbeziehungen unterhalten, daß sie nicht auf Waffengewalt pochen, sondern in friedlichen Wettbewerben treten. Wer das nicht für möglich hält, stellt sich auf einen dritten Weltkrieg ein, ob er will oder nicht, und widmet damit seine Politik der Kriegsvorbereitung. Es gibt doch keine andere Alternative als Verständigung oder Krieg. Denn der Zwischenzustand, in dem wir heute leben, der sogenannte Kalte

## 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 28. Oktober 1952 3959

Krieg, kann nicht ewig dauern. Er wird entweder durch eine Verständigung beendet, oder er muß in den Krieg übergehen. Jeder Mensch mit einem Funken Verantwortungsgefühl muß sich daher auf die Politik der Verständigung orientieren. Verständigung aber heißt, daß man einander von beiden Seiten entgegenkommt, daß man bereit ist, nicht nur die Wünsche des anderen anzuhören, sondern auch die Bedürfnisse des anderen zu berücksichtigen. Ultimative Forderungen können niemals zu einer Verständigung führen.

Wenn die Westmächte zum Beispiel erklären, sie seien nur bereit, über eine von ihnen diktierte Tagesordnung zu verhandeln — und so war es bei diesen angekündigten Beratungen —, wenn sie es von vornherein dezidiert ablehnen, die von der Sowjetunion aufgerollten Fragen in die Tagesordnung einzubeziehen, dann gibt es eben keine Verhandlung. Weder die Vereinigten Staaten von Amerika noch die Sowjetunion werden ein Ultimatum als Verhandlungsgrundlage anerkennen. Das Wesen des Verhandeln besteht doch darin, daß beide Teile die Möglichkeit haben, ihren Gesichtspunkt zur Geltung zu bringen, denn hinter jedem Ultimatum steht nicht Verhandlungsbereitschaft, sondern steht die Drohung mit der Gewalt.

Im Lager der Vereinigten Staaten von Amerika wird jetzt offen gesagt, daß man den Augenblick noch nicht für gekommen halte, ernsthaft mit der Sowjetunion zu verhandeln, sondern daß man zuerst die Kriegsrüstungen auf einen Höhepunkt treiben will, um dann, auf Waffen und Armeen gestützt, mit ultimativen Forderungen an die Sowjetunion heranzutreten. Eisenhower hat in einer seiner unvorsichtigen Wahlreden die weitgesteckten Ziele dieser geplanten Erpressung bekanntgegeben, nämlich Rückgängigmachung der weltgeschichtlichen Entwicklung, die sich seit 1945 in China und in den Ländern der Volkdemokratien vollzogen hat, und Zurückdrängung der Sowjetunion in die alten Grenzen, in die alte Isolierung der Vergangenheit. Man nennt das mit einem neuen Schlagwort „Politik der Stärke“. Diese abenteuerliche Politik der Stärke, die in vielen schwachen Gehirnen eine heillose Konfusion anrichtet, erweist sich schon jetzt als eine für ihre Urheber gefährliche Fehlspekulation. Die Rüstungsmagnaten verdienen daran, das ist wahr, aber es ist ebenso wahr, daß vor den Augen der Völker eine Lüge ersten Ranges geplatzt ist, die Lüge nämlich, die Sowjetunion plane einen Angriffskrieg. Hätte die Sowjetunion die Absicht, Westeuropa militärisch anzugreifen, würde sie wohl nicht warten, bis der Westen aufgerüstet hat, dann hätte sie schon längst angegriffen.

Man hat den Atlantikblock als reines Defensivbündnis dargestellt, und sehr viele haben dies geglaubt. Jetzt aber wird es den Völkern immer klarer, daß es keineswegs um militärische Verteidigung geht, sondern um eine aggressive Politik, um eine Gewaltpolitik gegen die Sowjetunion. Dafür wirtschaftlich ausgeplündert zu werden, dafür unter das Diktat Amerikas zu geraten, dafür Armeen unter amerikanischem Oberkommando aufzustellen, dazu haben die europäischen Völker nicht die geringste Lust. Das Prestige Amerikas in Europa schwindet unaufhaltsam dahin. Das kann jeder beobachten, in welchem Lande Europas immer. Die Europa-Armee ist nach wie vor ein Phantom, ein grelles Werbeplakat, nicht mehr. Die englische Regierung begrüßt zwar theoretisch den Plan einer solchen Armee, aber praktisch erklärt sie, nicht mitzumachen. In Frankreich sind entscheidende Männer der Koalition — Herriot, Daladier, Jules Moch — ganz dezidiert in schärfster Form gegen die Europa-Armee und die sogenannte Europa-Union aufgetreten. Die Ratifikation des Vertrages durch Frankreich ist also in weite Ferne gerückt. Von Luxemburg, Belgien und Holland sind große militärische Anstrengungen kaum zu erwarten. Bleiben also die westdeutschen Divisionen, gegen den Widerstand der westdeutschen Bevölkerung und vor allem der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Nur ein Narr kann glauben, daß die Deutschen den Ehrgeiz haben, noch einmal zu einem aussichtslosen Krieg gegen die Sowjetunion anzutreten, auf den Trümmern der deutschen Städte im Dienste derer, die diese Städte zerstört haben, der amerikanischen Plutokratie. Nehmen Sie dazu die Tatsache, daß Amerika nicht einmal imstande war, den Krieg in Korea zu gewinnen, daß die französischen Truppen in Vietnam schwerste Niederlagen erleiden, daß Großbritannien mit dem Aufstand in Malaya nicht fertig wird, daß die unterdrückten Völker in Asien und Afrika immer entschlossener gegen den Imperialismus revoltieren. Nehmen Sie das alles zusammen, und Sie können nicht leugnen, daß die „Politik der Stärke“ auf äußerst schwachen Füßen steht.

Man muß so unwissend oder so unbelehrbar sein wie mancher Politiker und mancher Chefredakteur, um anzunehmen, die Sowjetunion werde vor Erpressungen irgendwie zurückweichen. Die Sowjetunion kann warten, bis diese Politik der Stärke sich totgelaufen hat und unter dem Druck der Völker die westeuropäischen Politiker zur Politik der Vernunft zurückfinden. Ob Österreich auch so lange warten kann, ohne in eine schwere Krise zu geraten, das zu beurteilen möchte ich Ihnen überlassen.

Man sagt uns nun: die österreichische Regierung ist vollkommen unschuldig, die Russen sind an allem schuld. Es ist immer eine merkwürdige Sache, wenn ausgepöchte Politiker anfangen, sich als Unschuldengel zu gebärden. (Abg. Dr. Pittermann: Ist das Selbsterkenntnis?) Unschuld glaubt man einem jungen Mädchen; aber den Herren Figl und Schärf, Gruber und Helmer steht das schlecht zu Gesicht. Man glaubt ihnen nicht so recht den politischen Jungfernkranz, und wir würden von ihnen etwas weniger Unschuld und etwas mehr Erfolg für Österreich wünschen.

Nun, die Russen sind also an allem schuld. Warum eigentlich? Ja, antworten uns die Koalitionspolitiker — und der Herr Außenminister hat es heute wieder getan —, sie haben im Zusammenhang mit der Frage des Staatsvertrages die Frage Triest aufgerollt, die doch gar nichts mit Österreich zu tun hat, und sie fordern Garantien für die österreichische Demokratie, obwohl bekanntlich unsere Regierung der Inbegriff alles Demokratischen ist. Offenbar hat auch der Herr Innenminister nur zum Spaß von der „Dollfuß-Straße“ gesprochen, die die stärkste Regierungspartei einschlagen will, und offenbar hat der sozialistische Parteivorstand nur zum Spaß die Absicht bekundet, den letzten Sozialisten der alten Garde vor ein Parteigericht zu stellen, weil er vor einem öffentlichen Gericht die Wahrheit gesagt hat.

Ist es wirklich wahr, daß die Frage Triest überhaupt nichts mit der österreichischen Frage zu tun hat? In einem Leitartikel der angesehenen katholischen Zeitschrift „Die Furche“ vom 4. Oktober dieses Jahres wird das Gegenteil behauptet. Es wird in diesem Artikel gesagt, daß in Triest lebenswichtige Interessen Österreichs auf dem Spiel stehen und daß man alles tun müsse, um ein Mitspracherecht, eine Mitbestimmung Österreichs bei der Lösung dieser Frage herbeizuführen. Aber noch viel mehr! Der österreichische Außenminister, der sich allerdings immer gern in den Vordergrund spielt, hat Italien und Jugoslawien seine Vermittlung in der Triester Frage angeboten und damit die offizielle Einmischung Österreichs in dieses heikle Problem angekündigt. Derselbe Außenminister, der jeden Zusammenhang zwischen der Frage Triest und der österreichischen Frage abstreitet, dokumentiert zur gleichen Zeit, daß beide Fragen doch miteinander zusammenhängen. Es kommt hinzu, daß der Außenminister genau weiß, daß die Westmächte in der Frage Triest den von ihnen unterzeichneten Friedensvertrag mit Italien gebrochen haben. Die im Friedensvertrag vorgesehene Verwandlung Triests in einen Freistaat unter dem Mandat der Ver-

einten Nationen wurde durch die Westmächte vereitelt. Und eben dieser Vertragsbruch hat die Sowjetunion bewogen, als eine Voraussetzung für jeden anderen Vertrag Garantien dafür zu fordern, daß Verträge auch eingehalten werden. Der österreichische Außenminister aber findet den Vertragsbruch der Westmächte nicht nur in Ordnung, sondern er will sich aktiv in seinen Vollzug einschalten und bei der widerrechtlichen Aufteilung Triests zwischen Italien und Jugoslawien seine Hände mit im Spiele haben.

Ich frage Sie nun: Ist der Zusammenhang zwischen der österreichischen und der Triester Frage durch diese Aktion des Außenministers, die eine sehr unvorsichtige Aktion war, nicht eklatant geworden? Und wie soll man die Vertragstreue einer Regierung ernst nehmen, die den Vertragsbruch zur Grundlage außenpolitischer Aktionen macht?

Und nun weiter: Die Sowjetunion fordert Garantien für die Demokratie und Unabhängigkeit Österreichs. Die österreichische Regierung wendet sich entschieden gegen solche Garantien mit der Begründung, daß Österreich auf keinen Fall von dem Wege der Demokratie und der Unabhängigkeit abzuweichen gedenke. Wenn das richtig ist, braucht man doch keine Angst zu haben, jede gewünschte Garantie zu geben; man müßte im Gegenteil an jeder zusätzlichen Sicherung interessiert sein. Nur wenn es nicht richtig ist, sträubt man sich gegen solche Garantien. Natürlich, wer sich nach der „Dollfuß-Straße“ und der Anschluß-Straße zurücksehnt, hat jeden Grund, solche Garantien abzulehnen.

Ich möchte heute nicht von allen anti-demokratischen Maßnahmen der Regierung sprechen, die sich in der letzten Zeit gehäuft haben, sondern nur eine dieser Maßnahmen herausgreifen, weil sie mit einem entscheidenden außenpolitischen Problem unmittelbar zusammenhängt. In allen Ländern, die an Deutschland grenzen, haben sich Komitees zur friedlichen Lösung der deutschen Frage gebildet. In Frankreich zum Beispiel hat der katholische Chefredakteur Domenach die Initiative zur Bildung eines solchen Komitees ergriffen. In England haben sich bekannte Abgeordnete der Labour Party einem solchen Komitee angeschlossen. Die österreichische Regierung hat die Bildung eines solchen Komitees verboten, mit der erstaunlichen Begründung, es widerspreche dem Kontrollabkommen, wenn sich Österreicher für eine friedliche Lösung der deutschen Frage einsetzen.

Aber zur gleichen Zeit hat die Regierung in Salzburg einen Soldatenaufmarsch gestattet, an dem faschistische Offiziere aus West-

deutschland teilnehmen, um die Tradition der Hitler-Armee wieder aufleben zu lassen. Es ist in Österreich also verboten, eine friedliche Lösung der deutschen Frage anzustreben, es ist aber gestattet, für eine militärische Lösung der deutschen Frage Propaganda zu machen und Aufmärsche zu organisieren.

Aber noch mehr, meine Damen und Herren! Seit ungefähr einem Jahr werden die engsten wirtschaftlichen und politischen Verbindungen und Beziehungen zwischen Österreich und Westdeutschland hergestellt. Österreich versorgt nicht nur die westdeutsche Rüstungsindustrie mit elektrischem Strom, sondern auch westdeutsche Konferenzen mit österreichischen Politikern, wobei der Strom zweifellos einen wesentlich höheren Wert repräsentiert. *(Zwischenrufe.)* Österreichische Politiker kommen mit dem westdeutschen Minister Kaiser zusammen, der bekanntlich erklärt hat, man müsse das Großdeutsche Reich mit Einschluß Österreichs, Elsaß-Lothringens und eines Teiles der Schweiz wieder aufrichten.

Es gibt neben diesem phantastischen Projekt freilich viel realere Projekte. Vor allem geht es um die wirtschaftliche Gleichschaltung Westösterreichs mit Westdeutschland, um die Rückgabe des sogenannten Deutschen Eigentums an die Herren der westdeutschen Konzerne. Die Herren rings um Adenauer haben mit größter Unverschämtheit diese Rückgabe gefordert, und die sonst sehr sparsame österreichische Regierung bekundet in dieser Frage weitestgehendes Entgegenkommen.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat am 3. November 1951 gemeldet, die Profite der verstaatlichten Betriebe in Österreich seien bereits so hoch, „daß die Gesellschaften nun daran denken, die Entschädigungsfrage in eigenem Wirtschaftsbereich zu lösen“. Im Bericht des Rechnungshofes wurde mitgeteilt, daß das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe den Entwurf eines Entschädigungsgesetzes bereits ausarbeitet. In vielen Fällen ist es schon jetzt zu einer Art Fusionierung zwischen westdeutschen Konzernen und verstaatlichten Betrieben in Österreich gekommen.

Im Jänner dieses Jahres hat der amerikanische Hochkommissar Donnelly kategorisch erklärt, das Deutsche Eigentum, das vor 1938 erworben wurde, müsse Gegenstand von Verhandlungen sein. Im Mai 1952 hat der gewesene Obmann des VdU, Nationalrat Kraus, vor dem bayrischen Landesparteitag der Freien Demokratischen Partei die Erklärung abgegeben, daß seine Partei für die Rückstellung des Deutschen Eigentums an das westdeutsche Kapital kämpfe, daß der Boden in dieser

Frage bereits viel lockerer sei als vor einem Jahr und daß in absehbarer Zeit eine für beide Teile befriedigende Lösung bevorstehe.

Der „Wiener Börsenkurier“ vom 18. Oktober dieses Jahres spricht von dem in Aussicht genommenen Besuch Dr. Grubers in Bonn und redet den westdeutschen Kapitalisten zu, noch etwas Geduld zu haben, da man den Einfluß der Besatzungsmächte berücksichtigen müsse. Es sei jedoch möglich, so fügt das Blatt hinzu, „daß man in der Auslegung der bestehenden Gesetze über die Verwaltung des beschlagnahmten Eigentums den deutschen Wünschen entgegenkommen und zum Beispiel auch Deutsche, ja sogar den früheren Eigentümer als öffentlichen Verwalter für derartige Betriebe einsetzen könne“. Das heißt also, daß die österreichische Regierung eine formelle Rückgabe des Deutschen Eigentums an das westdeutsche Kapital noch nicht riskieren kann, daß sie aber Mittel und Wege sucht, um den westdeutschen Konzernherren faktisch einen Machtbereich in der österreichischen Wirtschaft einzuräumen.

In einem Bericht des „Wiener Börsenkuriers“ über eine in München durchgeführte Versammlung des „Schutzverbandes für beschlagnahmtes deutsches Vermögen in Österreich“ wird diese Annahme bestätigt und wörtlich gesagt: „Wer sich in dieser Frage in Österreich an maßgeblicher Stelle exponiert, laufe Gefahr, scharf angegriffen zu werden. Mit einer offiziellen österreichischen Stellungnahme sei deswegen zunächst nicht zu rechnen, doch sei zwischen Bonner und Wiener Stellen trotz aller Schwierigkeiten ein wertvoller Kontakt erzielt worden.“

Ich habe bei weitem nicht alle Tatsachen angeführt, die den Prozeß der fortschreitenden wirtschaftlichen Gleichschaltung von Österreich mit Westdeutschland, diesen Kalten Anschluß im Kalten Krieg charakterisieren. Aus all diesen Tatsachen geht hervor, daß hier ein gefährliches nicht nur wirtschaftspolitisches, sondern auch außenpolitisches Spiel gespielt wird.

Wir sehen uns daher in diesem Zusammenhang zu einigen grundsätzlichen Feststellungen genötigt. Seit jeher sind die westdeutschen Konzernherren die Todfeinde der österreichischen Unabhängigkeit. Aus der Hochburg des westdeutschen Kapitals in Österreich, aus der Alpine Montan, ist der Faschismus hervorgegangen. Die westdeutschen Industriemagnaten haben Hitler zur Macht gebracht, die Annexion Österreichs und schließlich den zweiten Weltkrieg heraufbeschworen. Das Wiedererstehen des westdeutschen Imperialismus ist die größte Bedrohung der österreichischen Unabhängigkeit. Wer mit ihm paktiert, untergräbt Österreich. Die west-

deutschen Konzernherren sind aber nicht nur die Todfeinde Österreichs, sie sind auch die Todfeinde der deutschen Nation. Sie rüsten auf, sie rufen zum Krieg, sie sind bereit, Deutschland noch einmal zum Schlachtfeld zu machen. Das deutsche Volk will das alles nicht. Es will Frieden, Einheit, Unabhängigkeit. Es will in einer friedlichen Welt seinen Platz als große und freie Nation einnehmen.

Zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands seit 1848 ist der Kampf um nationale Einheit aufs engste mit dem Kampf um Frieden und Fortschritt verbunden. Wir stehen in diesem Kampf an der Seite des deutschen Volkes, und wenn wir uns einem Machtzuwachs des deutschen, des westdeutschen Imperialismus auf Kosten Österreichs widersetzen, so dienen wir damit auch den deutschen Volksinteressen. Wir wollen als deutschen Nachbarstaat nicht ein zerrissenes, ruheloses, mit Explosivstoff überfülltes, sondern ein geeinigtes, unabhängiges, dem Frieden dienendes Deutschland. Wir wollen bei voller Wahrung unserer staatlichen Unabhängigkeit den innigsten Kulturaustausch mit einem solchen Deutschland, die brüderlichsten Beziehungen zu den deutschen Arbeitern, Bauern, Intellektuellen, die freundschaftlichste Zusammenarbeit — und eben darum entschiedenste Abwehr des westdeutschen Imperialismus, der seine Hände nach Österreich streckt, um uns und Deutschland gemeinsam noch einmal in einen Abgrund zu reißen!

Wir halten es für eine Verpflichtung Österreichs, an einer friedlichen Lösung der deutschen Frage mitzuwirken, denn die deutsche Frage ist nicht nur die brennendste europäische Frage, sondern mit ihrer Lösung wäre auch das Problem Österreich gelöst. Wir grüßen daher die Deutsche Demokratische Republik, wir grüßen alle Deutschen, die den Krieg nicht wollen, in ihrem Kampf um Einheit, Freiheit und Frieden! Wir wissen schon: Die österreichische Regierung wird etwas nervös (*Abg. Weikhart: Heil Pieck!*), wenn man von einer friedlichen Lösung der deutschen Frage spricht; das Verbot dieses Komitees hat es deutlich bekundet.

Ich gebe zu, daß jetzt eine andere Frage im Vordergrund steht: Was unternimmt die österreichische Regierung, um eine friedliche Lösung der österreichischen Frage herbeizuführen? Die Antwort lautet leider: Sie führt den Kalten Krieg. Als ich in der Sitzung vom 3. Juli im Namen des Linksblocks folgende Entschliebung beantragte: „Der Nationalrat begrüßt den Antrag der Sowjetunion, Österreich und die anderen Staaten, die darum angesucht haben, gemeinsam in die UNO aufzunehmen, und appelliert an alle Mitglieder

der UNO, für diesen Antrag zu stimmen“, da haben die Regierungsparteien diesen Antrag des Linksblocks abgelehnt. Ich möchte daran erinnern, daß der Generalsekretär der UNO, Herr Trygve Lie, in dieser Frage denselben Standpunkt wie die Abgeordneten des Linksblocks eingenommen und erklärt hat, es könne nur eine gemeinsame Aufnahme der ansuchenden Staaten in Frage kommen. Den österreichischen Regierungsparteien war es aber nicht darum zu tun, die Aufnahme Österreichs in die UNO tatsächlich herbeizuführen, sondern ihnen war es vor allem darum zu tun, dem Kalten Krieg neue Nahrung zu geben. Sie wollten nicht die Einmütigkeit der UNO, sondern einen verschärften Konflikt um Österreich. Sie werden ihn jetzt haben, diesen Konflikt, dessen Wesen darin besteht, daß die Vereinigten Staaten von Amerika offenbar nicht eine allumfassende, nicht eine universelle UNO wünschen, sondern ein Gremium ihrer Satellitenstaaten.

Brasilien wurde vorgeschickt. Ich möchte hier dem Herrn Außenminister auf sein gespieltes Erstaunen, daß Brasilien es war, das hier die Initiative ergriff, antworten. Der Herr Außenminister weiß genau so gut wie ich und jeder andere, daß Brasilien in diesem Fall nicht aus eigener Initiative gehandelt hat, sondern daß Brasilien von den Vereinigten Staaten von Amerika vorgeschickt wurde. (*Abg. Dr. Gorbach: So wie Sie hier vorgeschickt werden!*) Der Herr Außenminister soll hier nicht das unschuldige Kind spielen, das nicht weiß, wie es hinter den Kulissen der Außenpolitik zugeht. Nun, es ist klar: Brasilien wurde vorgeschickt, Panama, Paraguay und alle möglichen anderen Staaten, die zur Gefolgschaft Amerikas gehören, werden für den amerikanischen Antrag stimmen, aber Österreich wird dennoch vor den Toren der UNO bleiben, weil es jedem politisch denkenden Menschen klar ist, daß nur eine gemeinsame Aufnahme aller ansuchenden Staaten ohne Unterschied des Systems möglich ist, um die Einheitlichkeit, die Universalität der UNO zu garantieren. Allerdings wird dann der antisowjetische Propagandalärm losprasseln. Aber was hat unser Volk davon, Herr Außenminister? Viel Lärm um nichts, keinen realen Erfolg, dafür eine weitere Verschärfung der Gegensätze und das, was Ihnen wichtiger ist als jeder außenpolitische Erfolg: Wahlpropaganda!

Noch ungleich schlimmer steht es mit dem Staatsvertrag. In jahrelangen Verhandlungen wurden die meisten Punkte des Staatsvertrages zu einem Einvernehmen gebracht, nur wenige Punkte sind offengeblieben. Es ist ganz klar, das weiß jeder, daß das Offenbleiben der Punkte, die an sich nicht von entscheid-

der Bedeutung waren, mit der allgemeinen weltpolitischen Spannung zusammenhängt. Es ist aber ebenso klar, daß es das Interesse Österreichs erfordert, in geduldigster Arbeit, in vernünftiger Berücksichtigung der gegebenen Tatsachen die Verständigung über die offen-gebliebenen Punkte zu erleichtern. Es mag schon sein, daß solche langwierige Verhandlungen den Diplomaten auf die Nerven gehen, aber der Abbruch von Verhandlungen kann den Völkern an das Leben gehen; und ich glaube, der Staatsvertrag wäre nicht zu teuer erkauft, es wäre kein zu hoher Preis gezahlt, wenn sich nachher einige Diplomaten zu einem längeren Aufenthalt in eine Nervenanstalt zurückziehen müßten. Lieber länger verhandeln, als den Staatsvertrag endgültig preisgeben und damit das Ende des Besatzungsregimes ins Unabsehbare hinausziehen! Das aber ist geschehen. Die Regierungsparteien haben den Staatsvertrag preisgegeben und damit auf den Abzug der Besatzungstruppen, auf die Unabhängigkeit Österreichs verzichtet.

Der erste Schuß gegen den Staatsvertrag wurde auf dem Parteitag der SPÖ im Jahre 1951 abgegeben. Damals hat Vizekanzler Dr. Schärf erklärt, es sei fraglich, ob die vereinbarten Vertragsklauseln heute noch einen richtigen Sinn besitzen. Unmittelbar darauf berichteten westliche Agenturen und Zeitungen, daß das amerikanische State Department die Absicht habe, die meisten der vereinbarten Punkte des Staatsvertrages wieder rückgängig zu machen. Also, Herr Außenminister, es handelt sich nicht darum, wie Sie es dargestellt haben, daß man nur der Verhandlungen müde war und daher zu einem Kurzvertrag geschritten sei, sondern es wurde ausdrücklich gesagt, die Westmächte wollen entscheidende Punkte rückgängig machen, sie, die Westmächte, wollen nicht diesen vorher vereinbarten Staatsvertrag!

So schrieb zum Beispiel die „Times“ vom 14. Dezember 1951: „Es spricht vieles dafür, zahlreiche Artikel des vereinbarten Vertragstextes wieder auszumerzen, wobei besonders auf jene hingewiesen wird, die sich auf das ehemalige Deutsche Eigentum beziehen.“

Im Februar 1952 kam es zu dem ungewöhnlichen Zwischenfall, daß der Inhalt einer außenpolitischen Rede des österreichischen Außenministers in der Zeitung „New York Times“ veröffentlicht wurde, bevor der Herr Außenminister die Rede überhaupt noch gehalten hatte. Es war für die Beziehungen zwischen der österreichischen Regierung und der amerikanischen Besatzungsmacht charakteristisch, daß man in Amerika früher als in Österreich wußte, was der österreichische Außenminister zu sagen hatte.

In den Mitteilungen, die Dr. Gruber damals dem amerikanischen Korrespondenten machte, wurde der Plan entwickelt, neue Wege zu gehen, die Österreich-Frage der Beratung der Großmächte zu entziehen und sie zum Gegenstand einer Auseinandersetzung, einer Kampfabstimmung in der UNO zu machen. Für den Fall, daß die Sowjetunion vor dieser Erpressung nicht zurückweichen sollte, waren Maßnahmen vorgesehen, die faktisch die Einheit Österreichs auf das tödlichste bedrohen würden, nämlich, wie damals gesagt wurde, ein Boykott der USIA-Betriebe bis zur Stromabspernung und Eingliederung Westösterreichs in den Atlantikblock bis zur Aufstellung westösterreichischer Streitkräfte. Nun, die Regierungsparteien und die Regierung haben damals recht zweideutig dementiert, aber die ausländische Reaktion, die ausländischen Stimmen waren nachher recht eindeutig.

Am 21. März stellte der Leiter des amerikanischen Amtes für gemeinsame Sicherheit, Averell Harriman, fest, es sei wichtig, daß die Amerikaner nicht aus Österreich abziehen. Unmittelbar nach dem Besuch des amerikanischen Außenministers Acheson in Wien meldete die „New York Times“: „Nachdem der Außenminister die Verteidigungsgarantie gegenüber Westberlin, das außerhalb der durch den Atlantikpakt und die europäische Verteidigungsgemeinschaft geschützten Gebiete liegt, ausgesprochen hatte, stellte er die gleichen Garantien auch für Österreich fest. . . . Diese Garantien sollen ihre Wirksamkeit durch die Fortdauer der Stationierung alliierter Besatzungstruppen in den beiden Gebieten erhalten.“ Zur gleichen Zeit schrieb eine andere Zeitung, die „Baltimore Sun“: „Die Aufrechterhaltung der westlichen Position auf diesen vorgeschobenen Posten im ungeheuren roten Meer ist die anerkannte Politik nicht nur der USA, sondern auch Großbritanniens und Frankreichs. . . . Der Mittelpunkt der Frage ist die Tatsache, daß wir bleiben können.“

Ja, das ist der Mittelpunkt der Frage: Die Amerikaner wollen bleiben, und darum gibt es keinen Staatsvertrag! An Stelle des Staatsvertrages haben die Amerikaner einen sogenannten Skelettvertrag vorgelegt. Von Anfang an haben nicht nur die amerikanischen, sondern auch österreichische Politiker, zum Beispiel der Herr Vizekanzler Schärf bei seiner Anwesenheit in Amerika, festgestellt, daß dieser Skelettvertrag für die Sowjetunion nicht annehmbar sei. Das ist ja der wirkliche Sinn des Skelettvertrages: Die Westmächte und die österreichischen Regierungspolitiker wollen den Anschein erwecken, als seien sie für eine Lösung der österreichischen Frage, in Wirklichkeit aber wollen sie die Lösung ins Unabsehbare

hinausschieben. Man will gar keine Lösung, man will ja Propaganda!

In einem Artikel der „New York Times“, auf den sich die „Neue Wiener Tageszeitung“ vom 3. August beruft, wurde dies unumwunden zugegeben. In diesem Artikel wurde gesagt, der Skelettvertrag könne keine Lösung bringen, aber, so fügt die Zeitung hinzu, „durch einen Appell an die Vereinten Nationen könnten wenigstens die ungelösten Fragen vor einem breiteren und stärker von der Öffentlichkeit beleuchteten Forum geklärt werden. Auf diese Weise wird die Weltmeinung mobilisiert, die selbst die Sowjets auf die Dauer nicht ignorieren können.“

Das ist also offenkundig der Feldzugsplan: Propagandalärm in der UNO, um auf die Sowjetunion einen Druck auszuüben! Ich muß sagen, man ist versucht, den Plan herzlich dumm zu nennen. Es ist der Sowjetunion durchaus nicht unbekannt, daß die Mehrheit der Diplomaten in der UNO die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika unterstützt — das ist keine Neuigkeit, das wird sich auch bei dieser Abstimmung wieder herausstellen —, es ist der Sowjetunion aber ebensowenig unbekannt, daß hinter dieser Mehrheit der Diplomaten keine Mehrheit der Völker steht. Die Stimme Tschiangkaischeks in der UNO ist nicht die Stimme des chinesischen Volkes in der Welt. Und was für Tschiangkaischek gilt, gilt auch für so manche andere Regierung. Manche dieser Regierungen wird vom eigenen Volk gehaßt und verachtet. Regierungen können über Nacht stürzen, aber die Völker bleiben. Und die Politik der Sowjetunion orientiert sich nicht in erster Linie auf die wechselnden Regierungen, sondern in erster Linie auf die bleibenden Völker.

Überdies wird die geplante Kampfabstimmung in der UNO auch von klugen westlichen Beobachtern mehr als skeptisch beurteilt. So schreibt zum Beispiel die „Times“, der glorreiche Plan sei aus den Köpfen österreichischer Politiker hervorgegangen, aber, heißt es weiter in dem Artikel: „Die Aussichten auf einen Erfolg einer solchen Aktion können keinesfalls als günstig angesehen werden.“

Der „Manchester Guardian“ stellt fest: „Die österreichische Regierung kann zu den Vereinten Nationen gehen, aber das ist nur eine Geste.“ Die Zeitung fügt hinzu, es handle sich vor allem um „billige Propaganda gegen die Russen“. Man kann überzeugt sein, daß diese billige Propaganda auf die Russen nicht den geringsten Eindruck machen wird und daß die ganze Aktion ein einziges Ergebnis haben wird: Österreich wird noch tiefer in den Kalten Krieg hineingezerrt!

Am 6. März hat der Herr Vizekanzler Dr. Schärf in Amerika die Erklärung ab-

gegeben, die österreichische Regierung bekenne sich zu dem amerikanischen Plan eines Kurzvertrages an Stelle des Staatsvertrages und werde die mit der Sowjetunion getroffenen Vereinbarungen bezüglich des Deutschen Eigentums nicht mehr anerkennen. Alle wesentlichen Punkte würden in Zukunft nicht mehr durch Vereinbarungen der vier Mächte, sondern in getrennten Sonderverhandlungen bereinigt werden. Der Herr Außenminister scheint heute von diesen Erklärungen nichts mehr wissen zu wollen, aber diese Erklärungen wurden abgegeben.

Es ist nun ganz klar, daß Sonderverhandlungen und Sonderverträge an Stelle eines einheitlichen Staatsvertrages tatsächlich die Gefahr der Zerreißung Österreichs heraufbeschwören würden. Trotzdem, Herr Außenminister, wird der Plan eines Separatvertrages der Westmächte mit Österreich nach wie vor ins Auge gefaßt. Die stets ausgezeichnet informierte Zeitschrift „La Tribune des Nations“ hat am 17. Oktober einen Bericht aus New York veröffentlicht, in dem gesagt wird, in Kreisen der UNO herrsche die Meinung, „daß die drei Westmächte die Österreich-Frage aufs Tapet bringen wollen, um die Sowjetunion zu beschuldigen, daß sie keinen Staatsvertrag mit Österreich unterschreiben will. Unmittelbar danach sollen die Verhandlungen für einen abgekürzten und separaten Friedensvertrag zwischen Österreich einerseits und den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich andererseits beginnen.“

In dem Bericht heißt es weiter: „Mister Eden hat sowohl dem österreichischen Kanzler Figl als auch dem Außenminister Gruber erklärt, daß die Regierungen von London, Washington und Paris nicht mit einem Erfolg der Österreich-Demarche bei der UNO rechnen.“ Eden habe der österreichischen Regierung den Vorschlag gemacht, sich unmittelbar nach dem Ende der Tagung der UNO an die drei Westmächte zu wenden und sie aufzufordern, die Verhandlungen über den Abschluß eines separaten Friedensvertrages ohne die Sowjetunion aufzunehmen.

Dieser Bericht der „Tribune des Nations“ stimmt beunruhigend mit den Ankündigungen des Vizekanzlers Dr. Schärf in Amerika und mit dem Interview überein, das Außenminister Dr. Gruber seinerzeit dem Korrespondenten der „New York Times“ gegeben hat. Es scheint also doch eine Absicht zu bestehen, einen Separatvertrag und damit einen Schritt ins Unabsehbare vorzubereiten.

Nun einige Worte zum Inhalt des Skelettvertrages oder Kurzvertrages, wie er jetzt genannt wird. Dieser Vertrag enthält keinerlei



## 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 28. Oktober 1952 3965

Garantie für eine demokratische und unabhängige Entwicklung Österreichs. Entscheidende Artikel des Staatsvertrages wurden ausgemerzt, so zum Beispiel der Artikel 7, der Maßnahmen vorsieht, „um allen unter österreichischer Jurisdiktion stehenden Personen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache und der Religion die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Redefreiheit, der Presse- und Versammlungsfreiheit, der Freiheit der Religionsausübung und der politischen Überzeugungen zu gewährleisten“. (*Abg. Dr. Pfeifer: Das steht schon in der Verfassung!*)

Ebenso verschwindet der Artikel 9, der die österreichische Regierung verpflichtet, abschließende Maßnahmen gegen jedes Wiederaufleben des Nationalsozialismus zu treffen. Es heißt in diesem Artikel: „Österreich muß ferner die Bemühungen zur Ausmerzung aller Spuren des Nazismus aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben fortsetzen; es muß gewährleisten, daß die oben angeführten Organisationen in keiner Form wiederhergestellt werden, und muß jede nazistische und militaristische Betätigung und Propaganda in Österreich unterbinden.“ Es ist offenkundig kein Zufall, daß die amerikanischen Machthaber einen solchen Artikel im Staatsvertrag nicht wünschen. Sie haben, wie allen bekannt ist, in Westdeutschland eine nazistische Terrororganisation aufgerichtet, deren erste Aufgabe darin besteht, Morde an kommunistischen, sozialdemokratischen und demokratischen Politikern vorzubereiten. Offenbar möchte man aus einem österreichischen Staatsvertrag jeden Paragraphen ausschalten, der solche Maßnahmen unter internationale Sanktion stellt.

Es ist auch kein Zufall, daß jene Artikel ausgeschaltet werden, die kategorisch jede wie immer geartete Form des Anschlusses Österreichs an Deutschland untersagen, weil offenkundig in amerikanischen Kreisen die Absicht besteht, jene Versuche systematisch fortzusetzen, die einen Kalten Anschluß Westösterreichs an Westdeutschland herbeiführen sollen.

Man könnte uns trotz allem erwidern: Staatsvertrag oder Kurzvertrag — hin und her —, die Hauptsache ist der Abzug der Besatzungstruppen, über alles andere wird sich dann reden lassen. Gewiß, der Abzug der Besatzungstruppen ist die Hauptsache. Der Abzug der Besatzungstruppen — aller Besatzungstruppen — steht im Vordergrund alles dessen, was das Volk wünscht; aber ein Abzug ohne eine Hintertür, die es gestattet, plötzlich wieder hereinzukommen, so wie die österreichische Regierung jetzt durch die

Hintertüre als provisorische Regierung wieder hereingekommen ist — dieselbe Regierung, nur unter einem anderen Namen.

Die Amerikaner haben öfter deutlich bekundet, sie wünschen militärisch in Österreich zu bleiben, so wie sie in Japan geblieben sind. Zweifellos ist es den Amerikanern ziemlich gleichgültig, wie ihre Streitkräfte bei uns heißen, ob Besatzungstruppen oder Schutztruppen wie jetzt in Japan. Aber fremde Truppen bleiben fremde Truppen, unter welchem Namen immer sie auftreten. Die Amerikaner berufen sich ferner darauf, die Truppen, die jetzt in Japan stehen — es sind dieselben Truppen, die vorher in Japan gestanden sind, nur mit einem neuen Namen —, seien dort mit Einwilligung der japanischen Regierung stationiert. Ich bin überzeugt, auch in Österreich werden die Amerikaner ohne weiteres bereit sein, die Truppen irgendwie umzutaufen, um sich in einer bestimmten Lage auf das Einverständnis der österreichischen Regierung zu berufen.

Das soll vermieden werden. Das österreichische Volk braucht und will den endgültigen Abzug der fremden Besatzungstruppen. (*Abg. Weikhart: Aller vier!*) Es braucht und will Garantien für eine wirkliche Unabhängigkeit, Garantien für eine demokratische Entwicklung und Garantien für eine friedliche Lösung aller schwebenden Probleme. Es ist klar, daß solche Garantien nur dann gegeben sind, wenn sich die Großmächte über alle strittigen Probleme verständigen, wenn es durch einen Staatsvertrag zu einer einmütigen, einverständlichen Lösung aller dieser Probleme kommt.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, daß die österreichische Regierung in dem Konflikt der Großmächte eine neutrale Haltung einnimmt, daß sie sich von jeder einseitigen Bindung freihält, daß sie überzeugend zu erkennen gibt, sie werde sich unter keinen Umständen und in keiner Weise irgendeinem Mächteblock anschließen, der gegen eine andere Macht gerichtet ist. (*Zwischenruf des Abg. Weikhart.*) Ohne das beiderseitige Vertrauen, daß Österreich entschlossen ist, sich aus jedem Mächteblock herauszuhalten, wird es wohl schwer möglich sein, eine Lösung der österreichischen Frage herbeizuführen. Die österreichische Regierung weiß ganz genau, daß ihre Politik, ihre freiwillige Teilnahme am Kalten Krieg gegen die Sowjetunion nicht geeignet ist, zum Staatsvertrag und zum Abzug der Besatzungstruppen zu führen. Sie weiß, daß der Staatsvertrag nur das Ergebnis einer vollen Verständigung der Großmächte und niemals das Ergebnis einseitiger Propagandaaktionen sein kann. Sie weiß das — aber sie will keinen Staatsvertrag!

3966 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 28. Oktober 1952

Bundeskanzler Figl hielt Ende September, wie die „Neue Wiener Tageszeitung“ am 30. September berichtete, in einem großen Weinbauort eine programmatische Rede, in der er wörtlich sagte: „Ein Staatsvertrag, der dem österreichischen Volk eine ‚Freiheit‘ brächte, unter deren Begriff und politischer Praxis nicht das verstanden würde, was die abendländisch-christliche Zivilisation darunter erkennt, ist für jede im Amt befindliche verantwortungsbewußte österreichische Regierung unannehmbar.“

Das Volk will einen Staatsvertrag, der den Abzug der fremden Truppen, das Ende des Besatzungsregimes und das Aufhören jeder ausländischen Einmischung garantiert. Der Herr Bundeskanzler jedoch meint eine andere Freiheit, eine besondere, eine abendländisch-christliche. Was er darunter versteht, hat er in einem weiteren Satz derselben Rede sehr deutlich gemacht, indem er sagte: „Gäbe es in den nahen Ostländern jene wirtschaftliche Freiheit, wie man sie in Österreich versteht, wäre die Wirtschaft vom Plandiktat frei, dann würde sich der Osthandel sofort entwickeln.“ Das also ist die Freiheit abendländisch-christlicher Prägung: die Freiheit der Wirtschaft, die Freiheit des Kapitals, das Volk auszuplündern, die Freiheit der amerikanischen Finanzkreise, die österreichischen Banken zu kontrollieren und über die österreichische Wirtschaft zu diktieren, die Freiheit des Profits (*Abg. Weikhart: Die Freiheit der USA, unser Öl uns zu rauben!*) und die Freiheit, unser Land in einen christlich-abendländischen atlantischen Mächteblock einzugliedern.

All das hat nichts mit dem Staatsvertrag zu tun. Der Staatsvertrag überläßt es den Österreichern, über das wirtschaftliche und politische System in Österreich zu entscheiden. (*Abg. Weikhart: Sie sind ja kein Österreicher, Sie gebärden sich als russischer Staatsbeauftragter!*) Reden Sie keine Torheiten! Ich habe mich zu Österreich bekannt, als sich sehr viele von Ihnen noch keineswegs entschieden hatten, ob sie sich zu Österreich oder zu Hitler-Deutschland bekennen sollen. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Weikhart. — Präsident Böhm, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen.*) Ich wiederhole: Der österreichische Staatsvertrag überläßt ... (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Weikhart.*) Schreien Sie nicht so langweilig (*Abg. Weikhart: Sie Stiefelputzer des Kreml!*) und lassen Sie sich endlich etwas Klügeres einfallen. Ihre Zwischenrufe sind so langweilig! Wenn Ihnen einmal etwas Witziges oder Geistreiches einfallen würde, meinestwegen gegen mich oder gegen wen Sie wollen — gut! Aber diese abgeleiteten Dummheiten sind wirklich so,

daß es einem nur leid tun kann. (*Zwischenrufe bei den Sozialisten.*)

Der Herr Bundeskanzler will also besondere Freiheiten für Österreich — wobei ich daran erinnern möchte, daß auch an der Einfahrt der Dollfuß-Straße die Tafel mit der Aufschrift stand: „Abendländisch-christliche Zivilisation“. Die Freiheit, die Herr Dr. Figl meint, ist also offenbar eine andere als jene, die das Volk meint. Der Herr Staatssekretär Graf hat diese Erklärung des Bundeskanzlers noch durch die Worte ergänzt: „Keine österreichische Regierung und kein freigewähltes Parlament werden einen Staatsvertrag unterschreiben, der, im Schatten von Potsdam geboren, für Österreichs Wirtschaft und Souveränität untragbare Bedingungen enthält. Wenn die Kommunisten einem Staatsvertrag das Wort reden, der uns zu dauernden Sklaven einer Besatzungsmacht machen würde, dann stellen sie sich außer Recht und Gesetz.“

Nun, meine Damen und Herren, wir reden jenem Staatsvertrag das Wort, an dessen Formulierungen der Herr Außenminister, der Herr Bundeskanzler und der Herr Vizekanzler teilgenommen haben. Wir reden jenem Staatsvertrag das Wort, mit dessen vereinbarten Punkten Sie selbst sich einverstanden erklärt haben. Wir reden jenem Staatsvertrag das Wort, den Sie jahrelang als das Ziel Ihrer Politik, als eine Grundlage für die österreichische Unabhängigkeit bezeichnet haben. Niemand von Ihnen hat in all den vergangenen Jahren die beispiellose Dummheit gesagt: ein solcher Staatsvertrag mache uns zu Sklaven einer Besatzungsmacht. Im Gegenteil, alle haben hervorgehoben, daß ein solcher Staatsvertrag das Ende des Besatzungsregimes wäre und die Souveränität Österreichs garantiere. Jetzt auf einmal soll alles das, was Sie selber gesagt haben, was Sie selber zu vereinbaren bereit waren, alles das soll auf einmal Verrat an Österreich sein, wenn man sich darauf beruft. Wenn man sich auf Ihre eigenen Vereinbarungen der Vergangenheit beruft, stellt man sich nach den Worten des Herrn Staatssekretär Graf außer Recht und Gesetz.

Meine Damen und Herren, das ist außerordentlich charakteristisch dafür, wie man die Vertragstreue einer solchen Regierung einschätzen muß. (*Lebhafte Zwischenrufe.*) Was sie gestern sagte, gilt heute nicht mehr. Wofür Sie gestern waren, das gilt heute als Verrat, dadurch stellt man sich heute außer Recht und Gesetz. (*Zwischenrufe.*)

Der Herr Staatssekretär Graf möge zur Kenntnis nehmen: Wir sind für den Staatsvertrag, so wie die Mehrheit des ganzen Volkes einen wirklichen Staatsvertrag durch Vereinbarung der Großmächte wünscht, der das Ende des Besatzungsregimes garantiert! Und wir stellen

hier fest: Die Regierungsparteien und ihr VdU haben den Staatsvertrag preisgegeben! Sie wollen keinen Staatsvertrag (*Zwischenrufe*) als Ergebnis einer Verständigung der Großmächte; sie machen Propaganda für einen Skelettvertrag, der keine Verhandlungsgrundlage ist, sondern lediglich eine Provokation.

Wir stellen fest: Der Linksblock ist die einzige parlamentarische Gruppe, die den Staatsvertrag fordert (*Heiterkeit bei den Regierungsparteien und dem KdU*), weil es ohne Staatsvertrag keinen Abzug der Besatzungstruppen, keine Freiheit, keine Unabhängigkeit unseres Landes gibt! Durch die Preisgabe des Staatsvertrages übernehmen die Regierungsparteien die volle Verantwortung dafür, daß die fremden Truppen nicht abziehen (*neuerliche Zwischenrufe*), daß ausländische Machthaber weiter über unser Schicksal entscheiden, daß wir nicht nur die militärische Last, sondern auch die Kosten dafür weiter zu tragen haben. Unser Volk verflucht diesen Zustand, aber die Regierungspolitiker haben sich nicht nur damit abgefunden, sondern noch mehr, sie wollen gar nicht darauf verzichten, weil sie für den Kalten Krieg sind und nicht für eine Verständigung der Großmächte. Jedesmal, wenn auch nur die leiseste Möglichkeit einer weltpolitischen Verständigung sich ankündigt, wenn irgendwo in der Welt einmal Amerikaner und Russen höflich miteinander sprechen, zucken unsere Regierungspolitiker nervös zusammen. Sie haben Angst, Amerika könnte eines Tages entdecken, daß es vernünftiger ist, mit Moskau zu sprechen als mit dem Herrn Dr. Figl. Sie zittern davor, der amerikanische Chef könne eines Tages seinen österreichischen Dienstnehmern zu verstehen geben: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Sie haben Sorge, die Vereinigten Staaten von Amerika könnten eines Tages entdecken, daß ein großer Handelsvertrag mit der Sowjetunion für sie wichtiger ist als das Wohlwollen der Regierung Figl-Schärf. Und darum sind sie so sehr gegen Verständigung, darum sind sie für den Kalten Krieg mit allen seinen Konsequenzen. Wir sind für Verständigung! Wir wissen, daß Österreich ohne weltpolitische Verständigung in eine ausweglose Lage gerät. Die Politik des Kalten Krieges bringt uns Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise, Massenelend, ein Dasein in Sorge und Not. Nur eine Politik der Vernunft, eine Politik des Ausgleichs der weltpolitischen Gegensätze kann uns Brot, Freiheit und Frieden garantieren.

Der Staatsvertrag, für den wir kämpfen, ist weit mehr als ein Stück Papier. Er ist das Symbol von Verständigung zwischen den Großmächten und die Voraussetzung für ein freies, unabhängiges, in Frieden sich entwickelndes Österreich.

Und weil wir diese Politik der Verständigung für den Inbegriff jeder verantwortungsbewußten österreichischen Politik halten, möchten wir dem Parlament folgende EntschlieÙung unterbreiten:

Der österreichische Nationalrat erinnert die Großmächte an ihre Verpflichtung, ein freies, unabhängiges und demokratisches Österreich wiederherzustellen, und besteht darauf, daß die Verhandlungen über den Staatsvertrag, die in den meisten Punkten schon zu einer Einigung geführt haben, unverzüglich wieder aufgenommen und im Geiste der Verständigung zum Abschluß gebracht werden.

Der Nationalrat ist sich bewußt, daß der Staatsvertrag nur das Ergebnis einer solchen Verständigung sein kann, und fordert die Regierung auf, durch ihre gesamte Politik zur Entspannung der Lage und nicht zur Verschärfung der Gegensätze beizutragen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Unterstützungsfrage zu stellen.

Präsident **Böhm**: Der Antrag ist nicht genügend unterstützt. Ich stelle die Unterstützungsfrage. Jene Damen und Herren, welche den Antrag, den Sie gehört haben, unterstützen wollen, bitte ich, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschlecht.*) Der Antrag ist nicht genügend unterstützt (*Abg. Honner: Jetzt haben Sie sich wieder demaskiert!*) und kann deshalb nicht in Verhandlung gezogen werden.

Als nächster Redner gelangt der Herr Abg. Dr. Koref zum Wort. (*Abg. Weikhart: Also ein österreichischer Abgeordneter!*)

Abg. Dr. **Koref**: Hohes Haus! Es fällt mir zunächst die traurige Aufgabe zu, auf die Ausführungen des Herrn Abg. Fischer zu replizieren. Ich betrachte das als eine, wie soll ich sagen, böse Fügung meines Schicksals, aber es bleibt mir nicht erspart. Der Herr Abg. Fischer hat hier Ausführungen gebracht, die so das typische Produkt, das Gespinnst von Lügen, von Entstellungen, das typische Produkt der Phantasie eines politischen Schizophrenen sind. (*Heiterkeit. — Abg. E. Fischer: Darum beschäftigt ihr euch nur mit uns!*)

Er hat hier Ausführungen gebracht auf Grund von Druckbogen, von denen ich mit Sicherheit annehme, daß sie das Imprimatur von Moskau bereits erhalten haben. (*Abg. E. Fischer: Sie wollen den Ablauf des amerikanischen Hochkommissars! — Gegenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*)

Der Herr Abg. Fischer hat seine Ausführungen sogleich mit einer Unrichtigkeit begonnen, indem er behauptete, daß diese außen-

politische Debatte schon mehrere Male verschoben worden sei. Richtig ist vielmehr, daß diese außenpolitische Debatte, die heute hier in diesem Hause abgeführt wird, ursprünglich für den morgigen Tag angesetzt war und daß sie aus technischen Gründen heute abgehalten wird. (*Abg. E. Fischer: Sie haben ein schlechtes Gedächtnis! Sie sollte schon vorige Woche sein! — Abg. Ing. Raab: Da war seine Rede schon fertig! — Schallende Heiterkeit.*)

Der Abg. Fischer hat Hinweise auf die innenpolitische Krise gebracht, auf die innenpolitische Krise, in der wir uns befinden oder in der wir uns — das kann man heute wohl sagen — befinden haben. Darauf will ich nicht näher eingehen, denn darüber zu sprechen wird ja im gegebenen Zeitpunkt hier noch reichlich Gelegenheit sein.

Fischer hat seine Rede in vielversprechender demagogischer Weise eingeleitet. Aber das ist ja für uns keine Überraschung. Es gab Situationen, behauptete Herr Kollege Fischer, in denen der Staatsvertrag vor dem Abschluß stand; der Abschluß wurde durch österreichische Staatsmänner verhindert. (*Abg. E. Fischer: Sie haben es ja selber gesagt!*) Man kann wohl sagen: So viel Worte, so viel Lügen. (*Abg. E. Fischer: Jetzt lügen Sie!*) Die ganze Welt, die sich ein klares, nüchternes Urteil bewahrt hat, weiß heute, daß es immer im letzten Augenblick Rußland gewesen ist, das das Zustandekommen des österreichischen Staatsvertrages durch die verschiedensten Ausreden, unter den verschiedensten Fiktionen vereitelt hat. (*Abg. Widmayer: Nur der Fischer weiß es nicht! — Heiterkeit.*)

Herr Fischer hat davon gesprochen, was der Wunsch des österreichischen Volkes ist. Ich kann ihm sagen, was der Wunsch des österreichischen Volkes ist. Er geht dahin, daß Sie, Herr Abg. Fischer, den Zustand aufgeben, die demokratische Sicherheit hier in Österreich zu genießen, und ihn mit der volkdemokratischen Angst vertauschen, die in den üblichen Liquidierungsprozessen endet. Es überläuft Sie eine Gänsehaut, wenn ich die Namen Slansky, Clementis, Gomulka usw. nenne. (*Abg. Geisslinger: Wir passen auf ihn auf! — Heiterkeit.*)

Aber die kühnste seiner Behauptungen ist es, wenn der Herr Abg. Fischer sich als einen Mann mit Verantwortungsgefühl bezeichnet. Da kann ich nur sagen: Er spottet seiner selbst und weiß nicht wie! Man könnte sagen, der Herr Abg. Fischer ist ein Mann mit Verantwortungsgefühl, aber mit negativem Vorzeichen. Wenn er meint, daß die Austragung des Konfliktes um Triest mit dem österreichischen Staatsvertrag irgend etwas zu tun hätte, so ist das die Unterstellung, die wir ja

bei ihm gewohnt sind; wir sind nur davon überzeugt, daß er selber nicht daran glaubt. Sie benützen jeden Film — um auch darauf zu replizieren —, Sie benützen jedes Kameradschaftstreffen, gleichgültig, um was es sich handelt, nur dazu, um Unruhe zu stiften. Der Rommel-Rummel, den Sie hier in Wien inszeniert haben, war ja ein sprechender Beweis für diese Absichten, für die Taktik, die Sie immer wieder üben und praktizieren. Dieser Rommel-Rummel hat der Bevölkerung gezeigt, worum es Ihnen in Wahrheit und in Wirklichkeit zu tun ist. Sie haben dann ein Schauermärchen von der Gefahr des deutschen Imperialismus serviert und haben hier das feierliche Bekenntnis abgelegt, das Ihnen niemand glaubt: die KPÖ stünde auf seiten des deutschen Volkes. Ich glaube sogar, das deutsche Volk würde sich dafür bedanken, Herr Abg. Fischer. Sie sagen, Deutschland will Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit. Ja gewiß, Herr Kollege Fischer, aber nicht die Unabhängigkeit, nicht den Frieden und nicht die Freiheit, die Sie meinen!

Über die Entschließung, die Sie hier zum Schluß vorgelesen haben, will ich zur Tagesordnung übergehen, ich will mich mit etwas Ernsterem als mit Ernst Fischer befassen, nämlich mit dem Gegenstand, der wirklich auf der Tagesordnung steht und von dem Sie weit, weit abgeschweift sind.

Hohes Haus! Wenn von dem österreichischen Staatsvertrag die Rede ist, in dem ja schließlich und endlich — das versteht sich von selbst — die Außenpolitik Österreichs kulminiert, dann erfüllt das österreichische Volk — es kann ja nach dem, was sich in diesen sieben Jahren ereignet hat, nicht anders sein — tiefer Skeptizismus. Es liegt eine Serie von Enttäuschungen hinter uns. Diese Enttäuschungen waren zu groß, als daß sie nicht tiefe psychologische Rückwirkungen auf das ganze österreichische Volk ausgeübt hätten.

Ich muß es mir versagen, die Leidensgeschichte auch der Nachkriegszeit mit all den vielen bitteren Erinnerungen, die daran geknüpft sind, hier zu schildern. Der Herr Minister Dr. Gruber hat das ja zum Teil getan. Ich möchte nur mit Nachdruck hervorheben, daß der Pessimismus, der Skeptizismus, der das österreichische Volk zu befallen droht, unter allen Umständen zeitgerecht abgestoppt werden muß, und ich gebe dem Herrn Minister Dr. Gruber vollkommen recht, wenn er die Parole ausgibt — wir schließen uns dieser Parole vollinhaltlich an —: Wir müssen alles tun, daß das österreichische Volk sich nicht etwa mit dieser Situation abfindet, wir müssen dem entgegenwirken. Das österreichische Volk darf nicht, es wird aber auch nicht kapitulieren! Das Parlament ist der berufene Faktor dazu, die

berufene Instanz, die österreichische Bevölkerung immer wieder wachzurufen, aufzurufen, damit diese Gefahr des Sichabfindens gebannt werde.

Und ich darf wohl ohne Übertreibung sagen, Hohes Haus, daß gerade die Sozialistische Partei Österreichs das stärkste moralische Bollwerk in diesen siebeneinhalb Jahren gewesen ist, ein Bollwerk, das immer wieder dahin gewirkt hat, daß sich das österreichische Volk an das bekannte Wort gehalten hat und hält: Nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen! Die moralische Widerstandskraft des österreichischen Volkes ist nicht erlahmt und wird nicht erlahmen, solange wir unsere Pflicht erfüllen.

Der Bürgermeister von Wien hat vor ganz kurzer Zeit einmal das sehr treffliche Wort gesprochen: Es darf nicht zu einer Pragmatisierung der Weltmächte, zu einer Pragmatisierung der Besatzungsmächte in Österreich kommen. Ich glaube, daß das eine ganz ausgezeichnete populäre Wendung ist, die das enthält und ausspricht, was das österreichische Volk wünscht und was das österreichische Volk denkt. Und wenn es eine Verstärkung einer Verneinung gibt, dann wird vor allem das österreichische Volk dafür sorgen und danach trachten und streben, daß die östliche Besatzungsmacht hierzulande nicht pragmatisiert wird, obwohl wir glücklich und froh sein werden, wenn alle Besatzungsmächte einmal, hoffentlich möglichst bald, unser Land verlassen haben.

Hohes Haus! Seit der Pariser Konferenz im Juni 1949 ist in den Staatsvertragsverhandlungen kein Fortschritt mehr erzielt worden, ist eine Stagnation eingetreten. Dann kam im Jänner dieses Jahres eine Einladung der Westmächte nach London, eine Einladung zur 258. Staatsvertragsverhandlung. Es ist bezeichnend, und das ganze österreichische Volk weiß, wie es diese Tatsache zu deuten und zu erklären, zu kommentieren hat, daß zu dieser für Jänner dieses Jahres nach London einberufenen Sitzung kein russischer Vertreter erschienen ist. Diese Tatsache, glaube ich, spricht viel deutlicher als stundenlange Reden des Herrn Kollegen Fischer.

Am 13. März haben die Westmächte den sogenannten Kurzvertrag oder Skelettvertrag oder das Räumungsprotokoll präsentiert, das in der Lissaboner Konferenz seine geistige Geburt erlebt hatte. Rußland hat fünf Monate auf dieses Angebot der Westmächte trotz einer Urgenz keine Antwort erteilt. Schließlich kam Mitte August die Antwort. Sie enthielt jene vier Forderungen Sowjetrußlands, die wir alle kennen, die geradezu wie ein Hohn klingen. Aber die drei westlichen

Alliierten waren trotz alledem auch hinsichtlich dieser vier russischen Forderungen zu einem Entgegenkommen bereit.

Da erhob der sowjetrussische Hochkommissar Swiridow am 29. August im Alliierten Rat in Wien schwere Anschuldigungen gegen die österreichische Regierung. Diese Anschuldigungen gingen für jeden Wissenden, für jeden aufrechten Österreicher völlig ins Leere. Die Bundesregierung erteilte auf diese geradezu lächerlichen Anschuldigungen eine würdige, sachliche Antwort. Die Kommunistische Partei und ihre hochverräterische Presse sekundierten wider ihr besseres Wissen, wider ihre bessere Einsicht den Anklagen aus Moskau, deren Taktik ja bald sichtbar wurde. Die Westmächte hatten nämlich für den 29. September dieses Jahres abermals eine Sitzung nach London einberufen, es war die 259., und es bestand einigermaßen Aussicht und Hoffnung, daß diesmal ein sowjetrussischer Vertreter erscheinen würde. Es ist kein Vertreter der Sowjetunion an jenem 29. September erschienen, und nun erst wurde sichtbar und erkennbar, wozu die unmotivierten Angriffe und Beschuldigungen des Herrn Swiridow gegenüber der österreichischen Bundesregierung dienten. Sie sollten ein Motiv sein für das Nichterscheinen. Sie stellten die Präludien dar, um das abermalige Nichterscheinen zu begründen.

Es ist das Ziel, es ist die Taktik Sowjetrußlands, den österreichischen Staatsvertrag unter allen Umständen zu vereiteln und zu verhindern. Das ist klar und unzweideutig für jeden, der sehen will, sichtbar und erkennbar. Die strategische Lage im Herzen Europas, im Herzen Mitteleuropas, liegt den Sowjetrussen und natürlich auch dem Väterchen Kopenig zu sehr am Herzen, als daß der Staatsvertrag zustandekommen dürfte und Sowjetrußland seine Truppen aus Österreich zurückziehen würde.

Hohes Haus! Daher haben wir nach all dem Scheitern unserer Bemühungen, nach all dem Scheitern der Bemühungen der Westmächte den Appell an die Vereinten Nationen gerichtet. Wir betrachten die Vereinten Nationen als das Forum der Weltöffentlichkeit, als das kompetente, berufenste Forum, um das Weltgewissen aufzurütteln, um die Welt aufmerksam zu machen, um die Welt zu unterrichten über die Zustände, unter denen das österreichische Volk zu leben gezwungen ist, unter denen das österreichische Volk leidet. Die überwältigende Mehrzahl der in der UNO vereinten Nationen — es sind ja deren bekanntlich ungefähr sechzig — gehört zu den aufrichtigen guten Freunden Österreichs und kennt das gewaltige Unrecht, das man Österreich seit mehr als sieben Jahren zufügt.

Österreich war bisher schon Mitarbeiter einer großen Anzahl der Unterorganisationen der UNO. Die Aufnahme in die Vereinten Nationen ist bisher immer durch das Veto Sowjetrußlands und seiner Satelliten verwehrt und unmöglich gemacht worden. Wir freuen uns darüber, daß die Österreich-Frage, die Frage des österreichischen Staatsvertrages, mit überwältigender Mehrheit auf die Tagesordnung der UN gestellt wurde. Freilich haben der Vertreter Sowjetrußlands, Herr Gromyko, und sein williger Trabant, der Vertreter der Tschechoslowakei, Herr Nosek, lebhaft dagegen protestiert, und es ist interessant, Hohes Haus, mit welcher Argumentation Gromyko und Nosek dagegen gesprochen haben, daß Österreich auf die Tagesordnung der UNO komme: Österreich sei ein Feindstaat, und daher könne die UNO in die Österreich-Frage nicht eingeschaltet werden. Österreich werde sich als ehemaliger Feindstaat der Verantwortung für seine Beteiligung am Kriege nicht entziehen können.

Hohes Haus! Das ist nun eine deutliche Sprache, ja man muß sogar sagen, das ist eine neue Sprache. Die Masken sind gefallen. Man müßte nun eigentlich weit zurückgreifen. Als Hitler im März 1938 Österreich besetzte, hat er nicht weniger als sieben Pakte, angefangen vom Haager Schiedsgerichtsabkommen vom Juli 1899 bis zum österreichisch-deutschen Abkommen vom Juli 1936, verletzt und gebrochen. Die Alliierten haben — an diese Tatsache muß man das Hohe Haus in dieser Stunde erinnern — damals wohl protestiert, aber sie haben sich mit der Besetzung Österreichs abgefunden, und diese lethargische Haltung der Großmächte von damals ist eigentlich der Schlüssel zur weiteren Entwicklung der Situation und zur weiteren Deutung alles dessen, was dann folgte und was geschehen ist. Was hätte damals das kleine Österreich in dieser Situation tun sollen, oder was hätte es auch nur tun können?

Hohes Haus! Die Moskauer Deklaration vom 1. November 1943 hat die richtige Schlußfolgerung aus dieser Vergewaltigung Österreichs gezogen. Die Schlußfolgerung lautete: Österreich sei das erste Land, das der Aggression Hitlers zum Opfer fiel, Österreich müsse befreit werden, seine Souveränität müsse mit Hilfe der alliierten Armeen wiederhergestellt werden und — worauf ein besonderer Ton zu legen ist — Österreich sei kein kriegführendes Land. Die auf diese Enunziation viele Monate hindurch folgenden Versprechungen aller ausländischen Sender, die uns damals seelisch aufrecht gehalten haben, klingen heute noch in unser Ohr. Unser ganzes Leben lang vorher und nachher haben wir nicht so oft das Wort von den „Aggressoren“ gehört als

in einer einzigen Woche im damaligen Moskauer Rundfunk, und in unmittelbarer Folge hörten wir das Versprechen der Befreiung Österreichs.

Was sagt nun die Kommunistische Partei Österreichs zu dieser merkwürdigen Art der Befreiung Österreichs? Es ist richtig, die Schleier sind gefallen. Man will das an Österreich begangene furchtbare Unrecht stabilisieren, verewigen. Umso wichtiger und umso notwendiger war es, daß wir uns an das Forum der UN gewendet haben und daß wir Zugang zu diesem Forum gefunden haben. Die Besetzung Österreichs ist völkerrechtswidrig, und man muß dem Herrn Minister Gruber vollkommen beipflichten, wenn er heute von dieser Stelle aus erklärt hat: Das Recht ist auf unserer Seite.

Hohes Haus! Ich möchte nicht ermangeln, auf die ungeheuren Verluste wirtschaftlicher Art hinzuweisen, die Österreich durch die Besatzungsmächte, die Österreich durch die Besetzung vor allem der Ostzone erleidet. Die direkten Besatzungskosten im Zeitraum von 1945 bis 1951 betragen ungefähr 530 Millionen Dollar. Die indirekten Verluste an Zöllen und Steuern betragen 150 Millionen Dollar. Die Schäden, die uns zugefügt wurden durch Abtransporte und durch Demontagen, belaufen sich auf 500 Millionen Dollar, das allein macht zusammen rund 1¼ Milliarden Dollar aus. Dabei sind viele wichtige Faktoren gar nicht miteinbezogen. Ich verweise vor allem auf die Schädigungen, die unser Fremdenverkehr erfährt. Es gibt Tausende von Ausländern — das erfährt und hört man immer wieder —, die sich aus einer gewissen Zonen-grenzenpsychose heraus nicht nach Österreich, beziehungsweise nicht nach Ostösterreich getrauen. Daraus resultiert ein schwerer Schaden, der ziffernmäßig ja nicht direkt zu erfassen ist.

Österreich selbst hat alles getan, obwohl es zu den Verhandlungen nicht herangezogen wurde, um den Staatsvertrag zu ermöglichen. In dieser Beziehung kann uns kein Vorwurf treffen. Im Gegenteil, wir hören hie und da den Vorwurf, daß wir zuviel getan hätten, daß wir zu willig gewesen wären, daß wir uns — das ist natürlich eine Verkennung der damaligen Situation — viel mehr auf die Beine hätten stellen müssen. Wer so spricht, der hat die Verhältnisse vergessen, vor denen wir nach 1945 gestanden sind.

Wenn ich aber zu dieser Verlustrechnung, die ich eben aufgestellt habe, zurückkehre, so möchte ich noch ergänzend sagen, daß in diese Rechnung der Verlust an Exportdevisen nicht einbezogen ist, den wir durch das russische Ölgeschäft erleiden. Man hat diesen

## 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 28. Oktober 1952 3971

Verlust für das Jahr 1951 allein auf 23 Millionen Dollar geschätzt.

Hohes Haus! Das ist also eine erschütternde Form des Kalten Krieges, der wir ausgesetzt sind, und wir haben das moralische Recht, ja ich möchte sogar sagen, wir haben die moralische Verpflichtung, eine Generalrevision des österreichischen Staatsvertrages zu begehren, die ja auch das programmatische Ziel unserer österreichischen Außenpolitik sein muß. Wir sind entschlossen, den Staatsvertrag nicht mehr in Form eines Oktrois entgegenzunehmen, wir haben Anspruch darauf, gehört zu werden.

Es darf der berechtigte Zweifel ausgesprochen werden, ob das österreichische Volk und ob daher auch das österreichische Parlament den Staatsvertrag in der bisherigen Form oder in einer annähernd ähnlichen Form überhaupt ratifizieren würde oder ratifizieren dürfte. Gewiß, das österreichische Volk hat nach 1945 eine Art stummer Vollmacht aus der damaligen Situation heraus gegeben, und das Parlament hat diese stumme Vollmacht, wie der Herr Minister Dr. Gruber heute schon ausgeführt hat, formal bestätigt. Wir standen damals unter außergewöhnlichem Zwang und Druck. Diese Vollmacht muß als erloschen angesehen werden, daher ist eine neue Formulierung, eine neue Präzisierung des Staatsvertrages notwendig.

Wenn Rußland unter den demokratischen Garantien, die es mit einem Male von uns verlangt, etwa volksdemokratische Garantien, eine Brücke zur Volksdemokratie meint, dann wird ihm aus allen österreichischen Kehlen, vermindert um die armseligen, verächtlichen fünf Prozent, ein gewaltiges, weithin vernehmbares Nein entgegenschrien, ein österreichisches Njet! (*Starker Beifall bei den Sozialisten.*) So weit ist trotz aller schrecklichen Erlebnisse, oder vielleicht besser gesagt wegen aller schrecklichen Erlebnisse, das österreichische Volk hellhörig und klarsichtig genug. Der Versuch seiner moralischen Lähmung, der Versuch seiner politischen Einschüchterung darf als mißlungen bezeichnet werden. Da können wir dem Linksblock aus tiefster Überzeugung heraus nur zurufen: *Lasciate ogni speranza!* Und das weiß auch der danteske Höllenhund, der Herr Abg. Fischer, recht gut, daß sich das österreichische Volk nicht verleiten und nicht verlocken lassen wird, daß es aber auch nicht verstummen wird, sein Recht vor der Weltöffentlichkeit zu reklamieren.

Herr Minister Dr. Gruber hat vor einigen Monaten an einen Ausspruch Molotows erinnert: Angesichts der augenblicklichen Weltlage sei es nicht möglich, auf die Position Österreich zu verzichten. Diese klare Aus-

druckweise, Herr Abg. Fischer, widerlegt all das, was Sie da heute von dem amerikanischen Wunsch gesprochen haben, hier in Österreich zu bleiben. Nun ist es mit wünschenswerter Offenheit ausgesprochen, daß man Österreich nicht verlassen will (*Abg. E. Fischer: Wo ist das ausgesprochen?*), daß man die Faust in der österreichischen Politik halten will. (*Abg. E. Fischer: Bitte sehr, wo steht das geschrieben? Wo? Sie schwindeln ja!*) Das ist ohne weiteres nachweisbar. (*Abg. E. Fischer: Wo ist das geschrieben? — Bundesminister Doktor Gruber: Sie finden das in den Protokollen des Parlaments! — Abg. E. Fischer: Daß das der Herr Außenminister gesagt hat, das glaube ich gern! — Heiterkeit.*) Ich habe es wortwörtlich gelesen. (*Bundesminister Dr. Gruber: Das hat mir der Herr Außenminister Wyschinski gesagt, Herr Abg. Fischer! Mir persönlich, mit diesen Worten! — Abg. E. Fischer: Das kann jeder sagen! — Weitere Zwischenrufe.*) Rußland will seine Faust in der österreichischen Politik drinnen behalten und will den Kalten Krieg, den psychologischen Krieg fortsetzen, um seine dunklen Ziele zu erreichen. An allen diesen Tatsachen, Herr Abg. Fischer, wird die kommunistische Propaganda zusammenbrechen, Österreich sei es, das das Zustandekommen des Staatsvertrages verhindere.

Nicht bloß die weltpolitische Lage ist für Rußland maßgebend, seine Hand hier zu halten in Österreich, sondern noch ein weiterer Umstand — ich habe ihn heute schon angedeutet —: die Ausbeutung der Bodenschätze und der industriellen Kapazität Österreichs. Sie stellt eine ganz beträchtliche und willkommene Ergänzung des sowjetrussischen Wirtschaftspotentials dar. Das sind die beiden wahren Gründe, warum wir die „Kameraden“ nicht loswerden.

Aber, Hohes Haus, die Sympathien der Welt sind auf unserer Seite! Wir haben in den letzten Wochen sehr beachtenswerte Besuche bekommen. Der amerikanische Außenminister Acheson, der französische Staatssekretär im Außenministerium Schumann, der englische Außenminister Eden sind in Österreich gewesen und haben damit ihr Interesse für Österreich bekundet und haben uns moralischen Rückhalt in dieser schweren Situation gegeben. Auch einige skandinavische Minister sind hier gewesen und konnten das in Augenschein nehmen, was Österreich in diesen letzten Jahren an Aufbau geleistet hat, und es hat manchen Ausdruck der Bewunderung gegeben.

Ich möchte in dem Zusammenhang feststellen, daß auch die Reisen unseres Kanzlers und unseres Vizekanzlers, die Reisen des Außenministers sicherlich viel zur Klärung

3972 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 28. Oktober 1952

der Lage Österreichs im Ausland beigetragen haben, nur möchten wir auch von dieser Stelle aus, wie das schon im Hauptausschuß geschehen ist, den Wunsch aussprechen, daß der Bundesminister Dr. Gruber einen etwas stärkeren Akzent auf die Berichterstattung im österreichischen Parlament legen möge, damit auch auf diese Weise das österreichische Volk einen ständigen und gründlicheren Einblick in die außenpolitische Entwicklung der Dinge zu nehmen in der Lage ist.

Hohes Haus! Die Reaktion auf unseren Schritt in Brasilien war eine durchaus freundliche. Und die Interpretation, die ihr der Herr Abg. Fischer heute hier gegeben hat, war die übliche, die in die Reihe der Brunnenvergiftungen gehört, wie sie in der letzten Zeit da und dort wahrzunehmen gewesen sind. Wir können auch im Namen der Sozialistischen Partei Österreichs in aller Deutlichkeit scharf präzisiert sagen, daß wir keinerlei wie immer geartete Sonderverträge einzugehen gewillt sind. Auch der amerikanische Außenminister Acheson hat bei seinem Besuch hier in Wien einem Vertreter der APA die Erklärung abgegeben, die Westmächte beabsichtigen nach wie vor, das Österreich-Problem unbedingt auf der Basis eines Viermächteabkommens zu regeln.

Wenn der Herr Abg. Fischer heute hier einen Ausspruch des Vizekanzler Dr. Schärf in den Vereinigten Staaten zitiert hat — ob er ihn richtig zitiert hat, das weiß ich nicht, in dieser Beziehung muß man von vornherein, wenn es sich um Zitate Fischers handelt, sehr skeptisch sein —, der dahin ging, daß Österreich in Sonderverhandlungen einzutreten geneigt sei (Abg. Honner: Lesen Sie die „Arbeiter-Zeitung“!), so möchte ich dem Abg. Fischer sagen: Wenn dieser Ausdruck überhaupt gebraucht wurde, so ist zwischen Sonderverhandlungen und Sonderverträgen ein gewaltiger Unterschied. Ich könnte zum Beispiel einmal in die unglückliche Lage versetzt werden, mit dem Herrn Abg. Fischer aus irgendeinem Grunde in Sonderverhandlungen eintreten zu müssen. Ich würde aber niemals mit ihm einen Sondervertrag abschließen! (Heiterkeit. — Abg. E. Fischer: Ich würde mit Ihnen nicht einmal in Sonderverhandlungen eintreten!) Aus dem Abwinken des Herrn Vizekanzlers darf ich schließen, daß diese Behauptung des Abg. Fischer unrichtig ist, ins Reich der Lüge oder ins Reich der Märchen gehört. (Zwischenrufe. — Abg. E. Fischer: Das hat die „Arbeiter-Zeitung“ gebracht!) Es wird sich wahrscheinlich um eine falsche Zitation handeln. (Abg. Dr. Pittermann: So wie beim Donnelly am Sonntag! — Abg. Weikhart: Das war für die „Volksstimme“ bestimmt!)

Ich möchte weiterhin sagen: Österreich ist nicht nur nicht gesonnen, einen Sondervertrag abzuschließen, sondern Österreich ist auch auf keinen Fall geneigt, sich in irgendeinen Pakt einbeziehen zu lassen. Wir wollen mit unseren Nachbarn in Frieden leben. Wir wollen in unserer Art mit unseren Mitteln einen Beitrag leisten für die friedliche Entwicklung in der Welt. Daß wir eine starke Neigung zur westlichen Kultur und Zivilisation haben, daß wir eine starke Neigung und Vorliebe für das haben, was man mit dem Begriff abendländische Kultur zusammenfaßt — dieses Bekenntnis können wir bei diesem Anlaß auch wieder ablegen. Das bedeutet aber beileibe nicht, daß wir gesonnen wären, uns in irgendeinen Pakt einbeziehen zu lassen. Wir wollen mit unseren Nachbarn in Frieden leben. Und wir würden es auch von Herzen gerne tun, wir würden gerne den Handel mit den Oststaaten, mit denen wir ja Handelsverträge abgeschlossen haben, sehr gerne im Interesse unserer Volkswirtschaft intensivieren, aber die Stacheldrahtpolitik hinter dem Eisernen Vorhang einerseits und der Mangel an Waren, die uns der Osten liefern könnte, andererseits (Abg. Dr. Pittermann: Also der „eiserne Stier“!) schließen die Intensivierung des Osthandels aus. (Abg. E. Fischer: Der Bundeskanzler hat etwas anderes gesagt!)

Umgekehrt aber geben wir der Freude Ausdruck, daß sich die Beziehungen zu Jugoslawien wesentlich gebessert haben, daß wir mit unseren jugoslawischen Nachbarn in gutnachbarliche Beziehungen eingetreten sind. (Abg. Honner: Gleich und gleich gesellt sich gern! — Stürmische Heiterkeit. — Abg. Weikhart: Wo sind die Zeiten, in denen Tito noch euer Nationalheld war? Das waren noch Zeiten? — Abg. Honner: Die Tito-Faschisten sind eure Freunde! — Abg. Weinberger: Der Fischer ist ganz baff über einen solchen Regiefehler! — Abg. Horn: Jetzt ist sein Freund Tito auf einmal Faschist geworden! — Weitere Zwischenrufe.)

Präsident Böhm (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe, meine Herren! Der Redner kann sich nicht verständlich machen.

Abg. Dr. Koref (fortsetzend): Wir begrüßen auch auf das herzlichste das erfolgreiche Gleichenberger Abkommen, das getroffen wurde, wie wir ja überall Erleichterungen, die irgendwo merkbar und fühlbar geworden sind, herzlich willkommen heißen.

Es ist nicht richtig, was der Herr Abg. Fischer sagt, daß wir jede Gelegenheit wahrnehmen, was immer geschehe, um eine Propaganda gegen Rußland zu entfalten. Ich stelle ausdrücklich fest: Wo uns Sowjetrußland Gelegenheit gibt, einen Fortschritt, eine



## 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 28. Oktober 1952 3973

Besserung der Beziehungen festzustellen, dort wollen wir es gerne tun. Daß zum Beispiel im heurigen Sommer der Donauverkehr von Linz nach Wien freigegeben wurde, haben wir wirklich mit Dankbarkeit aufgenommen und quittiert. Wir freuen uns auch darüber und sind dankbar, daß das Versprechen gegeben wurde, daß die Korrespondenz mit den in Rußland verbliebenen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten erleichtert werden wird. Wir freuen uns darüber, daß einzelne von russischen Militärgerichten abgeurteilte, in russischem Gewahrsam befindliche österreichische Häftlinge den zuständigen Gerichten übergeben wurden, um ihre Strafe in österreichischen Gefängnissen abzusitzen. Alle diese Erleichterungen, wenn sie geboten werden und wenn sie realisiert werden, wenn es also nicht beim bloßen Versprechen bleibt, nehmen wir dankbaren Herzens entgegen.

Wir haben auch auf den 19. Moskauer Kongreß sehr aufmerksam hingehorcht, jenen Kongreß, der seit langem wieder einmal in Sowjetrußland wenigstens den Versuch einer demokratischen Attrappe sichtbar werden ließ, und ich darf hier Worte zitieren, die Malenkow auf dem Moskauer Kongreß gesprochen hat: „Die UdSSR mißt der Organisation der Vereinten Nationen eine wesentliche Bedeutung bei, denn sie glaubt, daß die UNO ein wichtiges Instrument zur Erhaltung des Friedens sein könnte. Wir haben keine Absicht, unsere Ideologie oder Wirtschaftsordnung irgend jemandem gewaltsam aufzuzwingen.“ Wir haben das schon einige Male gehört. Ferner gab Malenkow der uns interessierenden Formulierung Ausdruck: „Export einer Revolution ist Unsinn!“ Warum, fragen wir uns, aber dann die ständige Unterstützung der Kommunistischen Partei Österreichs durch die Kominform? Warum die vielen harten und ununterbrochenen Eingriffe in unser innenpolitisches Leben, in unsere Verwaltung, jene störenden, oft verhängnisvollen Eingriffe in unser Dasein? Wir haben nur den einen Wunsch, eine wirtschaftlich und moralisch tragbare Demokratie, einen wirklichen Frieden und unsere Souveränität zu erlangen.

Was die Handelsverträge anlangt, so haben wir — ich habe es kurz gestreift — bereits mit allen Oststaaten, mit Ausnahme Sowjetrußlands, Handelsverträge, und ich darf daran erinnern, daß noch im Jahre 1945 vom österreichischen Parlament eine Kommission eingesetzt wurde, um mit Sowjetrußland einen Handelsvertrag zu entwerfen. An der Spitze dieser Kommission stand der Herr Abg. Kopenig. Daß er nichts zustandegebracht hat, das kann nicht auf unser Konto gesetzt werden.

Jedenfalls aber ist folgendes richtig: Unsere Handelsbeziehungen zur Sowjetunion sind sehr

einseitiger Natur; sie bestehen derzeit nur in den Ausfuhren der USIA, aber diese Ausfuhren erfolgen ohne jeden Gegenwert und stellen daher eine schwerste Schädigung der österreichischen Volkswirtschaft dar. Wie die Dinge bisher lagen und liegen, hat uns Moskau eben nur als Befehlsempfänger, als Gegenstand dauernder verheerender wirtschaftlicher Exploitationen betrachtet. An uns liegt wahrhaftig keine Schuld. Die kommunistische Propaganda mit dem Osthandel zieht nicht mehr. Im übrigen glaube ich, sie hat nie gezogen; das ist also ein vergebliches Bemühen.

Die Schwierigkeiten unserer Lage spiegeln sich in den innerpolitischen Verhältnissen des Augenblicks wider, die mit der Erstellung des Budgets für das Jahr 1953 verbunden sind. Das ist es ja, Hohes Haus, was man auf der anderen Seite will, worauf man spekuliert, worauf man wartet, ja lauert. Eine solche Gelegenheit darf Österreich seinen inneren Feinden nicht geben. Es ist daher eine kluge und von echtem demokratischem Geiste getragene Entscheidung, daß dem Volk Gelegenheit geboten wird, durch Neuwahlen eine neue Basis, einen neuen festen Boden zu legen. Es ist ein starker Beweis, ein starkes Zeichen unserer gesunden Demokratie, daß wir solche unvermeidliche Konflikte, wie sie in allen Ländern vorkommen, auf demokratischem Wege schlichten können, um dann wieder an die Arbeit zu gehen, im Dienste des Volkes und im Dienste der Wirtschaft.

Hohes Haus! Vor wenigen Tagen feierten wir den Tag der Vereinten Nationen. Vor fast genau sieben Jahren haben 51 Staaten die Charta unterzeichnet, in deren Präambel es unter anderem heißt: „Wir, die Völker der Vereinten Nationen, entschlossen, Verhältnisse zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und Achtung vor den Verpflichtungen, die sich aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechtes herleiten, gewährleistet werden können“. Das Begehren des österreichischen Volkes ist ebenso bescheiden wie gerecht. Da alle Bemühungen Österreichs und seiner Freunde, den Staatsvertrag zustande zu bringen, gescheitert sind, gescheitert an dem klipp und klar nachweisbaren konstanten Widerstand Sowjetrußlands, da die Verhandlungen an einem toten Punkt angelangt sind, haben wir uns mit einem Appell an die UN, an die Vereinten Nationen gewendet. Das Weltgewissen soll aufgerüttelt, das himmelschreiende Unrecht soll aufgezeigt werden! Wir geben uns nicht etwa dem Optimismus hin — das wäre ja aus formalen Gründen gar nicht möglich —, daß uns etwa die UN in ihrer Generalversammlung den Staatsvertrag präsentieren würde oder präsentieren könnte. Nein, wir hoffen auf eine ent-

3974 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 28. Oktober 1952

sprechende Resonanz, auf ein Echo, das unsere Position in der weiten Welt stärkt.

Österreich ist wiederholt als „revolving door“, als Drehtür der Viermächtepolitik bezeichnet worden. Bisher hatte diese Drehtür leider keinen Weg ins Freie. Hoffen wir, daß der Appell an die Vereinten Nationen schließlich und endlich doch bewirken werde, daß der Weg ins Freie für unser Volk gefunden wird und daß das Tor in die heiß ersehnte Freiheit führt.

Im Namen meiner Fraktion gebe ich die Erklärung ab, daß wir den vorliegenden Antrag annehmen werden. (*Starker Beifall bei den Sozialisten.*)

**Abg. Hartleb:** Hohes Haus! Das österreichische Parlament hat heute ein seltenes Ereignis miterleben können. Es hat darin bestanden, daß einmal auf unserer Regierungsbank mehr als ein Minister anwesend war. Ich war versucht zu glauben, daß das eine Demonstration war, die die Bedeutung der außenpolitischen Debatte unterstreichen soll. Ich bin allerdings sehr bald zur Einsicht gekommen, daß diese Versammlung auf der Regierungsbank einem viel kleineren Ereignis gegolten hat, nämlich der Regierungserklärung des Kabinetts Figl IV. Ich hätte es lieber gesehen (*Abg. Dr. Pittermann: Das Kabinett Hartleb I! — Heiterkeit*), wenn die Minister schön hier geblieben wären. Wenn man vorher schon auf die Bedeutung aufmerksam macht, die einer solchen Debatte zukommt, dann ist es sicherlich nicht als eine Unterstützung eines solchen Bestrebens anzusehen, wenn später der Außenminister so einsam und verlassen, wie man es sich nur vorstellen kann, die Reden auf der Regierungsbank anhört. (*Abg. Weinberger: Er fühlt sich ganz wohl!*) Das wollte ich nur vorausschicken.

Wenn wir in Österreich gezwungen sind, immer dann, wenn wir uns mit Fragen des Staatsvertrags beschäftigen, nach zwei Richtungen hin zu sprechen, einmal nach Osten und einmal nach Westen, dann, glaube ich, ist es notwendig, einmal grundsätzlich festzustellen, daß die Gesamtheit der Alliierten hier eine gemeinsame Verantwortung zu tragen hat. Es geht nicht an, daß man uns, wenn wir mit Recht über die Zustände klagen, in die wir durch das Verhalten der Alliierten geraten sind, von der einen Seite auf den Alliierten im Osten verweist, es ist aber ebensowenig angängig, daß der Alliierte im Osten auf die Alliierten im Westen zeigt, und also beide versuchen, sich als die Unschuldigen hinzustellen und uns so quasi nahe-zulegen, daß wir uns mit einem unabwendbaren Schicksal abzufinden haben, weil eben das Einverständnis, das geherrscht hat, als man

dieses Land besetzte, inzwischen verlorengegangen ist.

Die gemeinsame Verantwortung aller Alliierten für den Zustand, daß wir heute, acht Jahre später, noch ein besetztes Land sind, kann und darf nicht übersehen werden, wenn man diese Frage betrachtet. Man ist aber gezwungen, schließlich doch auch mit dem Zustand zu rechnen, der sich aus der Uneinigkeit der Alliierten ergibt, die zwar noch ein gemeinsames Gremium bilden und uns gemeinsam bevormunden, aber von verschiedenen Gesichtspunkten aus bevormunden, und also auch einmal nach Osten und einmal nach Westen seine Meinung zu sagen.

Vom Osten her hört man immer wieder Klagen — es sind wirklich nichts anderes als Klagen —, die von den Vertretern des Ostens im Parlament hier vorgebracht werden. Sie klagen darüber, daß man in Österreich nicht einsehen will, daß nur sie es sind, die einen wirklichen Frieden und eine wirkliche Wiederherstellung der Souveränität in Österreich wünschen. Sie klagen darüber, daß man sich einseitig orientiert, weil man mit Rußland keinen Handelsvertrag macht und weil man bei uns nicht glauben will, daß Rußland unschuldig daran sei, daß wir bis heute keinen Staatsvertrag bekommen haben.

Es ist nicht meine Sache, vom juristischen Standpunkt oder vom staatsrechtlichen Standpunkt aus diese Dinge zu beleuchten; das haben bereits andere getan. Aber ich möchte folgendes sagen: Ich glaube daran, daß es zu einem Handelsvertrag mit Rußland kommen wird, und zwar dann, wenn Rußland sich entschließt, auch in dieser Hinsicht einmal klare Voraussetzungen zu schaffen. Ich könnte mir schon vorstellen, daß man anerkennt, es wäre ein ganz vernünftiges und wirtschaftlich gerechtfertigtes Zugeständnis, wenn man auch mit dem Osten wirtschaftliche Verbindungen anknüpft, so wie es in Österreich in der Vorkriegszeit ja immer der Fall gewesen ist. Aber wenn die Sowjetunion glaubt, es sei möglich, daß dieses kleine und wirtschaftlich schwache Österreich einen Handelsvertrag abschließt, ohne daß vorher die Frage der USIA bereinigt wird, wenn es also glaubt, daß wir eine doppelte Ausfuhr auf uns nehmen sollen, eine solche, die offiziell bekannt und anerkannt ist, und eine unbekannte, unkontrollierte Ausfuhr, die auch nicht bezahlt wird, dann muß ich sagen: So wenig Einsicht traue ich den Gewaltigen im Kreml nicht zu, ja nicht einmal den wenigen Vertretern der Kommunisten im österreichischen Parlament. Und wenn sie hier in dieser Weise reden, kann ich das nur darauf zurückführen, daß sie eben etwas anderes aussprechen als das, was sie wirklich denken. Denn so dumm ist der

## 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 28. Oktober 1952 3975

Fischer nicht! — Er rührt sich nicht einmal, wenn ich ihn lobe. (*Heiterkeit.*)

Auch mit dem Staatsvertrag wird es so sein. Ich glaube, der Staatsvertrag und die Einigung über ihn wird dann zustandekommen, wenn Rußland einmal klar ausspricht, was es will und wieviel es will. (*Abg. Dr. Pittermann: Ein Gegenkompliment wäre angebracht, Herr Kollege Fischer!*) Solange wir aber nur Formulierungen hören, von denen nicht einmal die gewiegtsten Diplomaten sagen können, was sie bedeuten, wo sie anfangen und wo sie enden, solange dürfen Sie uns nicht böse sein, wenn wir diesen Vorschlägen mit einer gewissen Reserve gegenüberstehen. Ich glaube auch nicht — mag die Wahl ausfallen, wie sie will —, daß es ein österreichisches Parlament geben wird, das bereit ist, einen Staatsvertrag zu ratifizieren, der nicht in klarer und eindeutiger Form unsere volle politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleistet. Daß es Mittel gibt, uns zur Einhaltung eines klaren Vertrages zu zwingen, wissen wir, das wollen wir nicht bestreiten. Ich bin aber auch nicht im Zweifel darüber, daß Österreich gerne bereit sein wird, einen tragbaren Vertrag zu erfüllen, ohne daß ein Zwang ausgeübt wird. Der Herr Minister Gruber hat mit Recht gesagt, man kann nicht in einen Tunnel hineingehen, von dem man nicht weiß, ob er nicht in einen Abgrund mündet.

Der Herr Abg. Fischer hat heute hier gemeint, man müsse feststellen — und das sei bedauerlich —, daß so wenig Vertragstreue vorhanden ist, daß man nicht einmal mehr das ganz halten will, was man zu Beginn der Vertragsverhandlungen versprochen hat oder anzunehmen bereit war. Dazu muß ich sagen, Herr Abg. Fischer: Ich glaube, daran sind diejenigen schuld, die dafür gesorgt haben, daß die Verhandlungen so lange dauern. Wenn sie damals rasch zugestimmt hätten, hätten sie das, was in dem Entwurf steht, schon in der Hand. Ich zweifle daran, ob das beim endgültigen Abschluß auch der Fall sein wird, denn es ist einmal so, Herr Abg. Fischer, daß sich die Dinge ändern. Auch die Verhältnisse im Jahre 1952 sind nicht mehr dieselben wie 1945 und 1946.

Und wenn Sie, Herr Abg. Fischer, heute hier als schlechter Prophet, der Sie ja seit jeher gewesen sind, davon reden und sich damit trösten, daß aus der Europa-Armee und aus den Vereinbarungen, die im Westen abgeschlossen wurden, nichts wird, dann kann ich Sie daran nicht hindern; aber es wird einmal ein Erwachen für Sie geben und für die anderen, die daran glauben, daß es so bleibt, wie es heute ist. Die Entwicklung seit dem Jahre 1945 hat eine bestimmte Richtung eingeschlagen, und in dieser Richtung geht

es weiter, Herr Kollege Fischer, damit müssen Sie rechnen und damit muß auch die Sowjetunion rechnen.

Ich will nicht prophezeien, aber ich bin der Meinung, daß das, was Sie heute hier mit Absicht so verkleinern und als Phantom hingestellt haben, eine recht reale Angelegenheit ist und daß die Vereinigten Staaten von Europa, vor denen Sie heute schon zittern, einmal eine Macht darstellen werden, die geeignet sein wird, auch gegen den Willen derjenigen, die uns einen Staatsvertrag aufzwingen wollen, der für uns unerträglich ist, eine Bereinigung in irgendeiner Form herbeizuführen. Bleiben Sie bei Ihrem Glauben, erlauben Sie uns aber auch, Herr Abg. Fischer, daß wir bei unserem bleiben! (*Abg. Honner: Niemand hindert Sie daran!*) Sie können es ja auch nicht; denn wenn Sie es könnten, würden Sie es ja tun.

Mit diesen Ausführungen möchte ich aber meine Ansicht noch nicht zur Gänze ausgesprochen haben. Ich bin nämlich der Meinung, daß es nicht nur nach Osten hin einiges zu sagen gibt, sondern daß wir schon auch Grund haben, nach Westen hin das zu sagen, was uns nicht gefällt. Und als Angehöriger einer Oppositionspartei ist es mir umsomehr gestattet, nicht damit zurückzuhalten. Ich werde mich bemühen, es in einer Form zu tun, mit der ich nicht Anstoß erzeuge. Ich habe mich auch bei meinen Äußerungen nach Osten hin eines Tones befleißigt, an dem sich der Herr Abg. Fischer, wenn er will, ein Beispiel nehmen kann.

Wenn wir nach dem Westen hin manchmal das Gefühl haben, daß man von uns oft mehr verlangt, als man gerechterweise von uns verlangen sollte und verlangen kann, so hat das auch seine Gründe. Ich will keineswegs die Bedeutung der Marshallplan-Hilfe für Österreich verkleinern; darüber gibt es überhaupt nichts zu reden. Aber wenn man im Zusammenhang mit den Bedingungen für diese Hilfeleistung daran denkt, daß die Staaten im Westen nicht unschuldig daran sind, daß Österreich heute nach acht Jahren noch immer die Lasten einer Besatzung zu tragen hat, und wenn man weiterhin bedenkt, daß sie selbst so manchen Ratschlag, den sie uns erteilen, nicht befolgen, dann kommt man da einfach nicht immer mit.

Man hat uns vor allem gesagt: Wir wollen euch helfen, und eure Mitarbeit muß darin bestehen, daß ihr wirtschaftlich die Ratschläge befolgt, die wir euch geben. Das ist vor allem: die Tore auf für den Verkehr in der Wirtschaft, für den Handel! Österreich hat meines Wissens sicher auch nicht alles getan, was es auf Grund seiner vertraglichen Verpflichtungen hätte tun müssen. Ich verweise

nur auf den GATT-Vertrag; ich weiß nicht, ob Österreich seine Liberalisierungsverpflichtungen auch erfüllt hat. Aber wenn man sich die Frage vorlegt, ob diejenigen, die solche Bedingungen stellen, nicht vielleicht uns Wasser predigen und selber Wein trinken, dann müssen wir zu der Einsicht kommen: Wenn es die großen, starken und kaufkräftigen Wirtschaftsgebiete im Westen für notwendig und richtig halten, sich wirtschaftlich abzusperren und unseren Waren schwerste Hindernisse an ihren Grenzen entgegenzusetzen, dann ist es wohl nicht ganz angebracht, wenn man uns das Gegenteil als richtig hinstellen will. Schon beim GATT-Vertrag, der sich ja nur auf die europäischen Staaten erstreckt, hat man das Gefühl gehabt, daß all das etwas Halbes bleiben muß, wenn man den Westen sozusagen unterteilt, obwohl er ja schließlich in seinen Bestrebungen dem Osten als Ganzes, als wirtschaftliche Einheit, gegenübersteht. Es ist etwas Halbes, wenn sich nicht nur das englische Empire ausschließt, das ja ohnehin durch seine Vorzugszölle, die es den einzelnen ihm angehörenden Staaten gewährt, eine Ausnahmestellung genießt, sondern wenn sich auch Amerika ausschließt und einfach die europäischen Staaten allein zwingen will, durch einen vielseitigen Vertrag eine automatische Öffnung der Grenzen im Laufe einer kurzen Zeit herbeizuführen.

Diese Dinge sind es, die uns irritieren, und ich glaube, es wäre falsch, wenn wir immer mit Stillschweigen darüber hinweggehen würden. Wir wollen schon den Mut haben, auch dem Westen das zu sagen, was gesagt werden muß. Und wir hoffen, daß vielleicht doch etwas Wahres daran ist, wenn man in den letzten Monaten in den Zeitungen lesen konnte, daß der englische Premier Churchill die Absicht habe, dem neugewählten amerikanischen Präsidenten einen Gesamtwirtschaftsplan vorzuschlagen. Ich kann mir vorstellen, daß Churchill die Dinge richtig sieht, daß er erkennt, was notwendig wäre, um das Funktionieren der europäischen Wirtschaft auch dann sicherzustellen, wenn die Marshallplan-Hilfe schließlich einmal aufhören muß. Ich würde mich freuen, wenn ein solcher großzügig erstellter Plan ebenso großzügig aufgenommen würde und damit die Voraussetzungen geschaffen würden, daß wir nicht ständig als ein Staat, der auf Bettelgroschen, auf Bitten und auf die Unterstützung Fremder angewiesen ist, dastehen müssen.

Ich bin überzeugt: Wenn man dem österreichischen Volk die Marktverhältnisse bieten würde, die in Amerika vorhanden sind oder die gegeben wären, wenn man Europa zusammenschließt, dann könnten wir auf jede Hilfe von außen verzichten. Ich glaube an die

Tüchtigkeit und an den Fleiß der in Österreich arbeitenden Menschen und an ihre Fähigkeit, dasselbe wie die anderen zu leisten. Woran wir bisher gekrankt haben, war nicht der Umstand, daß wir nicht so produzieren konnten oder wollten wie die anderen, sondern daß wir nicht so wie sie verkaufen konnten. Um eine Wirtschaft zum Blühen zu bringen, ist aber nicht nur das Erzeugen notwendig, dazu gehört auch das Verkaufen, und zwar ein Verkaufen zu Preisen, die die Arbeit lohnend machen und einen Aufstieg in der Wirtschaft ermöglichen.

Da anlässlich der heutigen Debatte die Frage erörtert worden ist, ob man mit Recht von der UN verlangen dürfe, daß sie das österreichische Verlangen auf Abzug der Besatzung unterstützt, möchte ich auch dazu meine Meinung sagen. Wenn diese Organisation beweisen will, daß sie ihre Charta ernst nimmt, dann ist sie dazu verpflichtet. Ich gehe sogar so weit, zu sagen, sie hätte längst eingreifen müssen und nicht acht Jahre warten dürfen, bis von irgendwoher ein Anstoß kommt. Als man seinerzeit, als die UNO gegründet wurde, die Charta gelesen hat und das, was die Zeitungen in ihren Hoffnungen und Erwartungen geäußert haben, hätte kein Mensch den Zustand für möglich gehalten, daß ein Staat, dem man feierlich versprochen hat, seine Souveränität wiederherzustellen, acht Jahre auf sie warten muß, acht Jahre lang für Staaten, die viel reicher und stärker sind als er, die Besatzungskosten zu tragen hat und dabei noch die Ermahnungen hinnehmen soll: Arbeitet mehr, leistet mehr, dann braucht ihr uns nicht! Sie brauchen gar nicht mehr, als uns die Freiheit und die Voraussetzungen zu geben, die sie selber haben; dann kommt von selber der Zeitpunkt, in dem wir uns vor gar nichts zu fürchten brauchen. Nicht einmal vor einer Drohung, wie sie der Herr Abg. Fischer hier ausgesprochen hat und in der er gemeint hat: Ja, was macht ihr denn dann, wenn Rußland mit Amerika direkt einen Handelsvertrag abschließt? So quasi: dann seid ihr erledigt.

Diese Meinung, glaube ich, kann nicht unwidersprochen bleiben. Wir wünschen es, daß auch dort eine Einigung zustandekommt. Aber wenn Amerika und Rußland sich einigen, auch darüber einigen, daß sie Österreich räumen und dulden, daß dieses Europa sich zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenschließt, die zwischen den zwei anderen Kolossen lebensfähig ist, dann werden wir das sicher nicht als Unglück empfinden, sondern eher als einen Schritt, der mit dazu beiträgt, all dieses wirtschaftliche Elend, das derzeit die Welt noch bedrückt, viel früher aus der Welt zu schaffen, als man im allgemeinen glaubt. Solche Drohungen — ich kann nur

## 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 28. Oktober 1952 3977

glauben, daß es als Drohung gemeint ist — sollte sich der Herr Abg. Fischer in Zukunft wirklich ersparen.

Ich will mich gar nicht bemühen, mich weiter mit ihm auseinanderzusetzen. Ich habe in der letzten Zeit öfter den Versuch gemacht, ihn zu verstehen, aber ich habe es aufgegeben. Ich bin zu der Erkenntnis gekommen, daß, um sein Verhalten zu verstehen, mehr notwendig ist als der gute Wille. Man müßte auf den gleichen Standpunkt kommen wie er, man müßte vom selben Gesichtskreis aus die Dinge beurteilen, und dieser Gesichtskreis, dieser Standpunkt ist in mehrfacher Hinsicht zwiespältig. Wenn ich seine Verhältnisse, seine Herkunft und seine Lebenslage in Betracht ziehe, so habe ich öfter das Gefühl, daß es sich um ein kapitalistisches Fettauge handelt, dem es Vergnügen macht, auf der kommunistischen Suppe herumzuschwimmen (*lebhaftes Heiterkeit*), um einen Talmi-Proletarier, dem die innere Überzeugung des echten Proletariers fehlt, weil ihn die Umstände daran hindern, zu einer solchen echten Überzeugung zu kommen, um einen Talmi-Österreicher, der zwar aus österreichischer Familie stammt, aber nun als russischer Anwalt im österreichischen Parlament hier den Standpunkt vertreten muß, der den österreichischen Interessen entgegengesetzt ist. Begreifen Sie doch, Herr Kollege Fischer, daß, wenn man sich in Ihre Lage nicht hineindenkt, man dann auch nicht verstehen kann, warum Sie so und nicht anders reden. Was Sie sonst noch vorgebracht haben, dazu möchte ich nichts sagen.

Ich möchte schließen mit der Erklärung, daß wir selbstverständlich für den Antrag des Hauptausschusses stimmen werden. (*Beifall bei den Unabhängigen.*)

Abg. Dr. Tončić-Sorinj: Hohes Haus! Die Sehnsucht der Menschheit, sich in Staatengemeinschaften oder in einem Weltstaat zu organisieren, ist uralte. Schon vor vielen Jahrhunderten gab es solche Versuche. Die ersten politischen Organisationsformen des Abendlandes sind überstaatlich gewesen. Am Beginn der Neuzeit schrieb der große Gelehrte Franciscus Suarez in seinem Werk „De legibus ac Deo legislatore“: „Obgleich die Menschheit in verschiedene Völker und Königreiche gegliedert ist, besitzt sie doch eine gewisse, nicht nur physische, sondern auch moralische und gleichsam politische Einheit, die sich aus dem natürlichen Gebot der Liebe und der gegenseitigen Anteilnahme ergibt.“

Am Ende dieses Krieges ist diese Sehnsucht in dem Konzept der „One World“, wie sie der Amerikaner Wendell Wilkie nannte, wieder erwacht. Aber nach wenigen Jahren ist dieser

Traum verfliegen. Wir haben heute nur mehr zwei Berührungspunkte mit einem Rest gemeinsamer Arbeit, der aus dieser Zeit und aus dieser Ideologie stammt. Der eine dieser Berührungspunkte ist die Organisation der Vereinten Nationen mit ihren Spezialorganisationen — wobei ich besonders an die Europäische Wirtschaftskommission erinnere —, und der zweite Berührungspunkt — man sollte es nicht glauben, und es ist doch wahr — ist Österreich.

Die Welt zerfällt heute in zwei Hemisphären — kein Staat hat darunter mehr gelitten als Österreich —: in die des bilateralen Vertragssystems des Ostblocks und die des multilateralen Systems des Westens. Innerhalb des Westens formen sich derzeit zwei Regionalsysteme heraus: die Panamerikanische Union und die durch den Europarat verbundene Staatengemeinschaft. Zwischen Ost und West liegt eine Zone, die teils aus neutralen Staaten, teils aber aus Teilgebilden von Gebieten besteht, die gemäß den Kriegs- und Nachkriegsverträgen einer gemeinsamen Verwaltung der Großmächte hätten unterstehen sollen, inzwischen aber zerfallen sind: Deutschland, das Freie Territorium von Triest und Korea. Einzig Österreich liegt wie eine letzte schmale Brücke zwischen Ost und West, ungeteilt, weder dem Ost- noch dem Westblock angehörig, aber seiner vollen Souveränität beraubt, mit einem einzigartigen internationalen Status.

Es lag in der Natur der Dinge, daß sich für die österreichische Außenpolitik im Laufe der Nachkriegsjahre gewisse Grundsätze entwickelt haben, die ich in der heutigen Debatte, die längst über das engere Thema hinausgegangen ist, näher charakterisieren möchte.

Der eine dieser Grundsätze ist das Prinzip der nationalen Integrität, also der Einheit des Staates. Die ganze Außenpolitik ist von der Sorge erfüllt, die unnatürlichen Zonengrenzen zu überwinden und die Einheit des Staates zu bewahren. Niemals wird es eine österreichische Politik und niemals wird es ein österreichisches Parlament geben können, das sich mit den Zonengrenzen innerhalb Österreichs abfinden wird. Tatsächlich sind diese Zonen eine internationale Schande, und wir finden keinen Staat auf der Welt, in dem es eine derartige Zoneneinteilung gibt.

Damit im Zusammenhang steht unser Bekenntnis zu einer grundsätzlichen Neutralität. Ich erinnere an die Rede des Herrn Außenministers am 14. März 1950 in der außenpolitischen Debatte im Parlament. Damals sagte er: „Wir sind neutral und haben niemals die Absicht, den Grundsatz der Neutralität zu verlassen.“ Natürlich bedeutet das nicht eine Neutralität wie die der Schweiz, denn

dieser Staat ist neutralisiert. Überdies würde die Zugehörigkeit zur Organisation der Vereinten Nationen mit einem Status, wie ihn die Schweiz hat, in Widerspruch stehen.

Der zweite Grundsatz ist aber das Prinzip der nationalen Souveränität. Leopold von Ranke hat einmal geschrieben: „Das Maß der Unabhängigkeit gibt einem Staat seine Stellung in der Welt. Es legt ihm zugleich die Notwendigkeit auf, alle inneren Verhältnisse zu dem Zwecke einzurichten, sich zu behaupten. Das ist sein oberstes Gesetz.“

Mit diesem Prinzip der nationalen Souveränität hängt unser unentwegter Kampf um eine staatsvertragliche Lösung zusammen. Heute hat schon der Herr Außenminister die Genesis dieser Bemühungen skizziert. Der Herr Vorredner, Bürgermeister Dr. Koref, hat angedeutet, daß es äußerst fraglich ist, ob das österreichische Parlament dem alten Staatsvertragsentwurf seine Zustimmung geben könne. Ich befinde mich hier in völliger Übereinstimmung mit dem Herrn Bürgermeister Dr. Koref: Es gibt eine Reihe von Gründen, die es als unwahrscheinlich erscheinen lassen, daß das österreichische Parlament dem alten Staatsvertragsentwurf wird zustimmen können. Einmal deswegen, weil seit dem Kriegsende sieben Jahre vergangen sind und wir einen Großteil der ungerechten wirtschaftlichen Lasten dieses Vertragsentwurfes bereits geleistet haben.

Der Redner der Kommunistischen Partei hat von einer Hintertür gesprochen, die es bei einer vertraglichen Lösung unbedingt zu vermeiden gilt. Ich stimme ihm in dieser Hinsicht vollkommen bei. Eine solche Hintertür stellt aber im alten Staatsvertragsentwurf der Art. 35 dar, nämlich der Artikel, der einem fremden Staat außerordentliche wirtschaftliche Vorrechte in Österreich einräumt, der Artikel, der die Regelung für das sogenannte Deutsche Eigentum enthält. Weiterhin aber finden wir in diesem Vertragsentwurf festgelegt, daß ausländischen Mächten eine Einmischung in innerösterreichische Verhältnisse gestattet wird. Es sind dies eine ganze Reihe von Artikeln.

Es wurde heute darüber geklagt, daß in dem Kurzvertragsentwurf nichts darüber steht, daß gewisse Garantien für eine demokratische Entwicklung Österreichs vertraglich gesichert sind. Ich möchte hier mit aller Energie betonen: Wir haben es nicht notwendig, uns von irgend jemand vorreden zu lassen, was in Österreich Demokratie ist. Was das österreichische Volk unter Demokratie versteht und wie in Österreich die Demokratie gewahrt wird, hat einzig und allein das österreichische Volk und seine Vertretung im Parlament zu bestimmen. Keine auswärtige Macht, kein

anderer Staat hat das Recht, uns hier hinein-zureden, vor allem nicht Staaten, die uns alles eher lehren könnten als Demokratie. Es hat in Österreich bereits Grund- und Freiheitsrechte gegeben, als in so manchen dieser Staaten überhaupt noch keine Rede von Staatsbürgerrechten gewesen ist. Es ist auch einzig und allein unsere Angelegenheit, darüber zu bestimmen, was wir zur Sicherung dieser Demokratie unternehmen. Daher sind diese Teile des alten Staatsvertragsentwurfes außerordentlich ungünstig und für ein österreichisches Parlament schwer anzunehmen.

Weiterhin aber enthält der alte Vertragsentwurf für Österreich diffamierende Behauptungen, beispielsweise die Behauptung, daß Österreich eine Verantwortlichkeit aus der Teilnahme am Krieg habe. Es ist unrichtig, daß im Kurzvertragsentwurf, wie heute behauptet wurde, ein Anschlußverbot nicht enthalten ist. In Art. 2 Abs. 2 des Vertragsentwurfes ist ausdrücklich ein Anschlußverbot festgelegt. Aber warum uns dieser Entwurf sympatisch erscheint, ist die Tatsache, daß er all die diffamierenden Klauseln aus dem alten Entwurf nicht enthält.

Ein weiteres Prinzip, zu dem sich die österreichische Außenpolitik bekannte, war das Prinzip der Nichteinmischung. Es hat eine doppelte Seite. Einmal mischen wir uns nicht in Angelegenheiten anderer Staaten ein. Es ist uns vollkommen gleichgültig, welche politische Organisationsform unsere Nachbarstaaten oder andere Staaten besitzen.

Es wurde uns in Verbindung mit dieser Angelegenheit gleichsam vorgeworfen, daß wir uns in die Triester Frage einmengen. Hier handelt es sich um eine ganz typische Verzerrung und Verwirrung der Begriffe. Wenn manchmal die Kommunisten Dinge auslegen, muß man sich an einen Ausspruch Goethes erinnern, den er in den „Zahmen Xenien“ getan hat:

„Im Auslegen seid frisch und munter,  
Legt ihr's nicht aus, so legt was unter.“

In der Triester Angelegenheit muß man ganz genau unterscheiden zwischen einem vorgespiegelten Zusammenhang und einem wahren Zusammenhang. Natürlich haben wir ein großes Interesse daran, daß unsere Wirtschaftsbeziehungen mit Triest und über Triest aufrechterhalten bleiben. 75 Prozent des Triestiner Handelsvolumens gehen über Österreich. Und dann haben wir überdies ein Interesse, daß diejenigen Rechte, die uns im italienischen Friedensvertrag gewährt worden sind, auch bei einer Neuregelung, welcher Art immer, gewahrt bleiben. Das bedeutet keineswegs, daß in der militärischen oder politischen Situation irgendeine Parallelität zwischen Triest und

Österreich besteht. Hier etwas hereinzukünsteln und hier etwas hereinzuerfinden wäre eine grobe Verzerrung des gesamten Problems.

Wenn irgendeine Tageszeitung geschrieben hat, daß der Herr Außenminister seine Bereitschaft erklärt hat, in diese Triester Angelegenheit vermittelnd einzugreifen, so ist es einmal sehr fraglich, was überhaupt in einer solchen Zeitung gestanden ist und ob man sie überhaupt ernst nehmen soll. Und nehmen wir an, es sei tatsächlich gewesen, so bezieht sich das nur darauf, daß wir interessiert daran sind, daß all diejenigen Interessen wirtschaftlicher Natur, die Triest betreffen, für Österreich auch gewahrt bleiben. Aber wenn immer wieder betont wird, die Sowjetunion könne nur mit Mißtrauen auf die Versprechungen der Westmächte reagieren, weil die vorgeschlagene Regelung für Triest angeblich von den Westmächten nicht eingehalten wurde, muß ich sagen: Was gehen uns die Mißtrauenskongflikte der Westmächte direkt an? Was würde beispielsweise die Sowjetunion sagen, wenn sich die Westmächte weigern würden, über Österreich zu verhandeln, mit dem Argument, daß die Sowjetunion und die Oststaaten die Oder-Neiße-Grenze als endgültige Ostgrenze Deutschlands anerkannt haben, obwohl das Potsdamer Abkommen festlegte, daß die Ostgrenze Deutschlands einem Friedensvertrag vorbehalten bleibe? Das ist auch eine Regelung, die in Widerspruch steht mit vertraglichen Regelungen der ersten Nachkriegszeit.

Wir wenden uns natürlich auch gegen eine Einmischung anderer Staaten in unsere Angelegenheiten. Wir lassen uns kein politisches System aufzwingen. Aber ich muß sagen, daß die Handhabung des Kontrollabkommens durch die Alliierten — ganz abgesehen davon, daß das Kontrollabkommen in vielen Belangen überschritten wird — bereits eine Einmischung in österreichische Angelegenheiten geworden ist. Ich erinnere an das Veto im Alliierten Rat gegen Beschlüsse des Parlaments, die mit überragender Mehrheit getroffen worden sind; ich erinnere weiterhin an die Verhinderung von gewissen Österreich zustehenden Rechten, zum Beispiel des Rechtes auf Zivilluftfahrt. Das alles steht überdies im Widerspruch zu Art. 2 Abs. 7 der Satzungen der Vereinten Nationen, in dem es heißt: „Keine Bestimmung dieser Satzung soll die Vereinten Nationen ermächtigen, sich in Angelegenheiten einzumischen, die ihrem Wesen nach zur ausschließlichen Zuständigkeit irgendeines Staates gehören ...“ — also gleichgültig, ob dieser Mitglied der Vereinten Nationen ist oder nicht. Man kann nicht einem Mitgliedstaat der Vereinten Nationen, einem der Signatäre des

Kontrollabkommens, Rechte zubilligen, die der Gesamtheit der Organisation nicht zugebilligt werden.

Wenn man dem entgegenhalten würde, daß wir ein Kontrollabkommen haben, das diesen Mächten gewisse Einspruchsrechte gibt, so erinnere ich an den Art. 103 der Satzungen der Vereinten Nationen, in dem steht: „Im Falle eines Widerspruches zwischen den Verpflichtungen der Mitglieder der Vereinten Nationen auf Grund dieser Satzung und Verpflichtungen auf Grund irgendeines anderen internationalen Abkommens haben die Verpflichtungen auf Grund dieser Satzung den Vorrang.“

Unsere ganze Politik ist von dem Grundsatz der guten Nachbarschaft geleitet. Es wurde heute schon der Fall Deutschland erwähnt, und es war interessant, daß wir den Abg. Fischer, den wir bisher nur als Partisanen der Sowjetunion gekannt haben, diesmal als Partisanen des deutschen Volkes vorfinden: „Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust.“

Es gibt gewisse Völker, die auch nach den schrecklichsten Katastrophen niemals ihre Größe und ihre Aufgabe verlieren. Zweifellos gehört dazu das deutsche Volk. Der Aufstieg Deutschlands nach diesem Krieg ist erstaunlich, er ist allerdings mit dem Opfer der Teilung des Landes erkauft worden. Eine wirkliche Konsolidierung Europas ist ohne Konsolidierung der deutschen Verhältnisse unausdenkbar. Es wäre im Interesse ganz Europas, daß West- und Ostdeutschland wiedervereinigt werden. Die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland sind dann am besten, wenn sie von jedem Ressentiment welcher Art immer befreit sind und auf der Basis gegenseitigen Verstehens und freundschaftlicher Sachlichkeit beruhen.

Es wurde uns heute vorgeworfen, daß man bei uns gewisse Komitees, die sich mit deutschen Angelegenheiten beschäftigen, untersagt. Diese Komitees haben tatsächlich irgendwie eine Einmischung in innerdeutsche Angelegenheiten als Aufgabe. Überdies, bei allen diesen diversen kommunistischen Komitees, bei diesen Weltfriedensbünden oder ähnlichen Organisationen (*Abg. E. Fischer: Domenach ist kein Kommunist!*), Herr Abg. Fischer, bei allen diesen Organisationen, die die Kommunistische Partei oder die kommunistische Weltorganisation aufrichtet, erinnere ich mich immer an ähnliche Organisationen, die die Nationalsozialisten hatten. (*Abg. E. Fischer: Sie wissen ganz genau, daß Domenach kein Kommunist ist!*) Sie haben das zur Aufgabe, was die Nationalsozialisten als „Wehrkraftzersetzung beim Gegner“ bezeichnet haben. Daher haben wir alle ein

außerordentliches Mißtrauen gegenüber allen diesen Organisationen, die in Wahrheit andere Ziele verfolgen, als sie tatsächlich vorgeben. (Abg. E. Fischer: Wenn Sie Mißtrauen haben, verbieten Sie! Das ist Demokratie!)

Es ist auch die Frage des Deutschen Eigentums aufgeworfen worden. Ich glaube, über diese Angelegenheit zu sprechen ist noch weit verfrüht. Österreich verfügt über keinen einzigen Groschen deutschen Eigentums. Man kann nicht Verhandlungen über Dinge pflegen, die man gar nicht besitzt. Die Angelegenheit des Deutschen Eigentums ist auch im Generalvertrag zwischen den Westmächten und Deutschland berührt worden, der noch nicht in Kraft getreten ist. Alle diese Dinge sind der Zukunft vorbehalten. Grundsätzlich kann man aber sagen: Wir stehen bei dieser so wie bei anderen vermögensrechtlichen Fragen auf dem christlich-abendländischen Rechtsgrundsatz, daß nicht jemandem etwas willkürlich weggenommen werden soll. Allerdings müssen wir bei einer Regelung dieses Fragenkomplexes, die sicherlich einmal mit Deutschland stattfinden wird, auch auf die legitimen Forderungen Österreichs verweisen und sie in die politische und wirtschaftliche Diskussion mit-einbeziehen.

Ein anderes Beispiel guter freundschaftlicher Beziehungen, die uns am Herzen liegen, ist schon heute vom Herrn Bürgermeister Dr. Koref angeschnitten worden; es ist der Fall Jugoslawien.

Die Verbesserung der Beziehungen zu Jugoslawien, die durch die Reise des Herrn Außenministers in ein konkretes Stadium trat, ist eine der erfreulichsten Erscheinungen der österreichischen Außenpolitik in der letzten Zeit. Es wäre wünschenswert, daß die wirtschaftlichen Beziehungen weiterhin ausgebaut und die Gespräche über die Regelung der vermögensrechtlichen Fragen fortgeführt werden. Es ist hier den Ausführungen des stellvertretenden Außenministers Bebler in jeder Hinsicht zuzustimmen. Auch könnte diese wirtschaftliche Zusammenarbeit durch eine kulturelle Zusammenarbeit ergänzt werden. Ich erinnere nur an die große Tradition der Wiener Universität in der gesamten Südostforschung. Eine derartige Zusammenarbeit würde auch die unselige Kluft zwischen der Entwicklung von Germanen und Romanen auf der einen Seite und von Slawen auf der anderen Seite in den letzten zwanzig Jahren europäischer Geschichte etwas überwinden helfen.

Auch die Frage des Handels mit den Oststaaten wurde heute schon berührt. Man wirft uns immer wieder vor, daß dieser Handel nicht genügend intensiviert wird. Ich verweise Sie dabei, meine Damen und Herren, auf die Tat-

sache, daß schon vor diesem Kriege die wirtschaftliche Entwicklung in den Oststaaten so beschaffen war, daß sich der große, intensive Handelsaustausch, wie er in früheren Jahrzehnten gepflegt worden ist, immer mehr vermindert hat. Vor diesem Kriege waren 40 Prozent des österreichischen Handelsvolumens nach dem Osten gerichtet, nach diesem Kriege sind es nur 20 Prozent. Die Hauptursache liegt darin, daß die Oststaaten nicht in der Lage sind, zu liefern. Das hängt vielleicht nicht damit zusammen, daß man ihnen bösen Willen unterschiebt, sondern das hängt mit der völligen Strukturänderung dieser Staaten zusammen, ist teils bedingt durch ihre Industrialisierung und teils durch ihre Militarisierung. Jedenfalls sind heute die Voraussetzungen andere. Die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft hat eine Broschürensammlung „Österreichs Außenhandel“ herausgegeben, und in dem Band 2, Osteuropa, wird beispielsweise angeführt, daß es Bulgarien nicht möglich ist, seine vertraglichen Verpflichtungen mit Österreich zu erfüllen. Ich betone: nicht möglich! Es herrscht keineswegs ein böser Wille vor. Das gleiche haben die letzten Handelsvertragsverhandlungen mit Ungarn bewiesen. Die Zeitung „Die Presse“ hat in einer umfangreichen Arbeit in ihrem Teil „Der Economist“ mit einschlägigem Material auf die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit Ungarn verwiesen.

Dem Prinzip der Souveränität, der Einheit des Staates und der guten Nachbarschaft steht das Prinzip des Föderalismus als modernes Korrelat zur staatlichen Souveränität gegenüber. Und hier kommen wir zu dem eigentlichen Thema von heute: einmal zu der Zugehörigkeit zu einer regionalen Gemeinschaft, wie es beispielsweise die im Europa-Rat vertretenen Staaten sind, dann aber zur Zugehörigkeit zu den Vereinten Nationen. Eine volle Mitarbeit bei einem derzeitigen europäischen Einigungssystem ist für Österreich dadurch erschwert, daß so ein System nur Teile Europas umfaßt und daher in irgendeinem Widerspruch zu der Lage Österreichs steht. Das müßten auch diejenigen verstehen, die uns immer vorwerfen, daß wir in Straßburg zuwenig aktiv seien. Unsere besondere Lage wird jedoch in Straßburg voll und ganz erkannt, und unsere Zusammenarbeit mit den dortigen Kommissionen vollzieht sich in bester Form.

Keine Beziehung aber hat Österreich zu einer geplanten europäischen Verteidigungsgemeinschaft oder gar zur NATO. Das sind alles Gerüchte, die mit einer bösen Absicht in die Welt gesetzt werden. Es ist dabei interessant, daß in der Antwortnote der Sowjetunion auf



den Kurzvertragsentwurf der Westmächte die Sowjetunion es selbst als bedauerlich erklärte, daß im Kurzvertragsentwurf nichts über die Rechte Österreichs auf eigene nationale Streitkräfte steht. Damit hat also zweifellos die Sowjetunion ein Recht Österreichs auf Selbstverteidigung anerkannt. Der Wunsch nach Selbstverteidigung ist aber keinesfalls mit Militarismus zu verwechseln. Ich verweise auch auf den Art. 133 der sowjetischen Verfassung, in welchem steht: Die Verteidigung des Vaterlandes ist heilige Pflicht eines jeden Bürgers der Sowjetunion.

Unser Streben zu den Vereinten Nationen hat sich einmal in unserer Mitgliedschaft bei den verschiedenen spezialisierten Körperschaften gezeigt, dann aber auch in dem sehr interessanten Werdegang unseres Antrages zum Beitritt in die Vereinten Nationen, also zur vollen Mitgliedschaft. Nachdem der Herr Außenminister die Ermächtigung bekommen hat, vor die Vereinten Nationen zu treten, können wir drei Phasen der Behandlung unseres Antrages vor den Vereinten Nationen unterscheiden. In der ersten Phase lehnte es die Sowjetunion ab, daß Österreich in die Vereinten Nationen aufgenommen werde, und zwar zum erstenmal im Jahre 1947, als ein dahin zielender australischer Antrag das Veto der Sowjetunion hervorrief. Der Sowjetdelegierte begründete das damals damit, daß er sagte, daß die Behandlung der Aufnahmegesuche all derjenigen Staaten, mit denen nach dem Kriege noch keine Verträge geschlossen wurden, als verfrüht zu betrachten sei. Die Sowjetunion hat sich auch später bei zwei weiteren Anlässen dagegen gewendet, zum letztenmal am 13. September 1949. Allerdings hat sich herausgestellt, daß diese Argumentation wissenschaftlich, völkerrechtlich nicht zu halten ist. Der Internationale Gerichtshof hat ein Gutachten abgegeben, in dem er darauf verweist, daß das einzige Argument, mit dem eine Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen abgelehnt werden kann, in der Nichterfüllung der Bedingungen des Art. 4 der Satzung besteht. Hier finden wir nichts darüber, daß ein ehemaliger Feindstaat oder ein besetzter Staat nicht Mitglied der Vereinten Nationen werden könne.

Diese ihre alte Argumentation ist nachher von der Sowjetunion verlassen worden. In einer zweiten Phase hat später die Sowjetunion den Antrag auf Aufnahme Österreichs indirekt dadurch verhindert, daß sie gegen den Antrag auf Aufnahme Italiens gestimmt und damit die ganze Diskussion über diese Themen zu Fall gebracht hat.

Die letzte Phase ist dadurch gekennzeichnet, daß die Sowjetunion eine En-bloc-Aufnahme von gewissen Staaten in die Vereinten Nationen

forderte. Mit Recht muß man dazu sagen, daß unter diesen Staaten auch Österreich war. Es ist auch richtig, daß Trygve Lie sich dieser Forderung anschloß, jedoch von einem politischen Gesichtspunkt aus, nicht von einem rechtlichen. Denn rechtlich ist eine En-bloc-Aufnahme in die Vereinten Nationen vollkommen ausgeschlossen. Es ist nach der Satzung der Vereinten Nationen nur möglich, Einzelstaaten separat nach eingehender Einzelprüfung aufzunehmen. Denn es wäre ja möglich, daß der staatliche Charakter und die Unabhängigkeit beispielsweise von Libyen, Ceylon oder der Volksrepublik der Äußeren Mongolei, die hier zusammen mit Österreich auf der Kandidatenliste standen, angezweifelt wird. Daher war dieser Weg tatsächlich eine Verhinderung der Aufnahme Österreichs in die Vereinten Nationen, da er mit der Satzung in Widerspruch stand.

Wir haben dann, wie erinnerlich, an dem Tage, an dem Trygve Lie in Wien war, eine Verpflichtungserklärung abgegeben. Diese Verpflichtungserklärung, die nach der Satzung gefordert wird, ist allerdings nichts Neues. Schon früher, und zwar im Jahre 1949, wurde durch den australischen Delegierten festgestellt, daß Österreich gewillt ist, alle seine Verpflichtungen aus der Satzung der Vereinten Nationen zu erfüllen, und daß es dazu auch imstande ist.

Das Scheitern der Staatsvertragsverhandlungen hat nun Österreich gezwungen, die Angelegenheit der Befreiung Österreichs — also eine andere Angelegenheit als die Mitgliedschaft — vor die Vereinten Nationen zu bringen. Schon am 24. Oktober des Jahres 1950 forderte der Herr Außenminister in einer Rede vor der Außenpolitischen Vereinigung in New York die Befassung der Vereinten Nationen mit der Österreich-Frage, falls der Staatsvertrag nicht bald zustandekomme.

Die brasilianische Regierung hat nun durch ihren Botschafter Carlos Muniz die Frage Österreichs zuerst vor das Generalsekretariat und dann vor die Generalversammlung der Vereinten Nationen gebracht. Ich glaube, es ist eine Ehrenpflicht des österreichischen Parlaments, der brasilianischen Regierung für diese Tat zu danken. Sie ist ein glänzendes Beispiel internationaler Solidarität und ein großer Erfolg der Rechtsidee.

Es ist selbstverständlich, daß die Österreichische Volkspartei dem Antrag des Hauptausschusses zustimmt.

Ich möchte aber auf ein sehr wichtiges Argument eingehen, das in der Österreich-Debatte bei den Vereinten Nationen angewendet wurde, und zwar auf das Argument, über das heute schon Herr Bürgermeister Koref sprach, daß

## 3982 100. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich — VI. GP. — 28. Oktober 1952

nämlich Österreich ein Feindstaat sei. Zum erstenmal hat der Herr Außenminister Wyschinski im Jahre 1947 dieses Argument verwendet bei der Diskussion, ob Österreich in die Vereinten Nationen aufgenommen werden soll. Jetzt im Jahre 1952 kommt Gromyko bei einer anderen Angelegenheit wieder darauf zurück. Diese Ansicht Gromykos und Wyschinskis ist aber aus folgenden Gründen unhaltbar: In der Moskauer Erklärung des Jahres 1943 steht: Österreich soll von deutscher Herrschaft befreit werden. Nun kann nicht ein Staat zur gleichen Zeit die Stellung eines Feindstaates und die Stellung eines befreiten Staates besitzen.

Zweitens gibt die Satzung der Vereinten Nationen in ihrem Art. 53 Abs. 2 und Art. 107, auf den sich interessanterweise Gromyko berufen hat, selbst eine Definition zu dieser Sache. Sie sagt — von anderen Voraussetzungen abgesehen —, daß ein Feindstaat nur ein „Staat“ gewesen sein könne, also eine Organisation, der in vollem Umfang staatlicher Charakter zukommt. Die Sowjetunion hat dieses universale Staatengemeinschaftsrecht unterzeichnet und daher ist auch sie an die Definitionen der Satzung gebunden. Österreich wäre ein Feindstaat gewesen, wenn es während des Krieges handlungsfähig gewesen wäre oder wenn es ein vollgültig annektierter Teil des Deutschen Reiches gewesen wäre.

Nun hat die Wissenschaft eindeutig nachgewiesen, daß all dies nicht zugetroffen hat. Ich will mich hier nicht auf nähere Dinge einlassen, ich will nur auf die Literatur verweisen, die eindeutig nachgewiesen hat — und auch die Staatenpraxis hat sich dem angeschlossen —, daß Österreich während des Krieges ein okkupierter Staat gewesen ist, ein Staat, dem die Handlungsfähigkeit genommen worden ist, also ein Staat, der im völkerrechtlichen Sinne nicht als verantwortlich zu bezeichnen ist.

Andererseits aber ist die andere Behauptung, Österreich sei annektiert worden und aus diesem Grunde verantwortlich für die Taten während des Krieges, auch unhaltbar. Auch hier hat die Literatur einen eindeutigen Beweis geliefert. Ich brauche hier nur auf neue wissenschaftliche Publikationen verweisen, beispielsweise auf den Beitrag von Alfred Verdross: „Die völkerrechtliche Identität von Staaten“. Es sind auch andere Einwendungen erhoben worden, die beweisen mögen, daß Österreich ein Feindstaat gewesen ist. Alle diese Einwendungen sind in der Zwischenzeit widerlegt worden.

Ich will noch einen Beweis anführen, daß Österreich kein Feindstaat gewesen sein kann. Nach dem Statut, der Satzung der UNRRA, die auch von der Sowjetunion unterzeichnet

wurde, durfte einem Staat, der Feindstaat gewesen ist, gar nicht die Hilfe der UNRRA gegeben werden. Nun hat ja Österreich die Hilfe der UNRRA in einem weitgehenden und großzügigen Ausmaß erhalten, womit der Beweis gegeben ist, daß diese sehr bedeutende zwischenstaatliche Organisation Österreich nicht als Feindstaat betrachtet hat.

Man muß auch bei Vorhaltungen, die man einem anderen entgegenbringt, eine gewisse moralische Legitimation für solche Vorhaltungen besitzen. Ich erinnere an eine Rede des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten Maxim Litwinow, die er am 17. März 1938, also unmittelbar nach der Okkupation Österreichs hielt. Er sprach damals von einer Warnung, die er an die Staaten erließ, und sagte: Diese Warnung wurde bestätigt durch die militärische Invasion Österreichs und durch den Gewaltakt, durch den Österreich seiner wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Unabhängigkeit beraubt wurde. Er verwies darauf, daß dieser Gewaltakt gegen Österreich nur ein Beispiel sei, das Verbreitung finden werde, und fügte hinzu, die Tschechoslowakei werde der nächste Staat sein, der bedroht ist.

Wir müssen konstatieren, daß gleich anderen Großmächten damals auch die Sowjetunion nichts getan hat, um die Freiheit Österreichs zu verteidigen. Man darf also nicht Vorwürfe gegen einen Staat erheben, wenn man selbst keine moralische Legitimation für derartige Vorwürfe besitzt. Es ist überhaupt höchst bedauerlich, mit welchen verschiedenen Maßnahmen und Ausreden man immer wieder Aktionen gegen die Freiheit Österreichs unternimmt. Es ist geradezu ein Frevel, wie hier vorgegangen wird. Adalbert Stifter hat einmal gesagt: „Solange die Geschichte spricht, hat Frevel nie dauernd gesiegt.“

Man macht uns auch den Vorwurf, daß wir geistig nicht neutral seien. Das ist irgendwie richtig. Wir sind nicht neutral gegenüber dem Kommunismus, wir können es auch nicht sein. Ich glaube, das würde der Kommunismus auch gar nicht verlangen. Denn der Kommunismus — man kann ihn als Pseudoreligion bezeichnen — kennt nur eine Annahme oder eine Ablehnung, er kennt keine indifferente Haltung. Wir lehnen daher den Kommunismus ab, wir lehnen ihn aber auch deswegen ab, weil wir der Ansicht sind, daß der Kommunismus die Hauptschuld daran trägt — insbesondere die kommunistischen Parteien in Westeuropa —, daß die Beziehungen zwischen einem Großteil der europäischen Staaten und der Sowjetunion schlecht sind. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß an diesen Vergiftungen der europäischen Atmosphäre die kommunistischen Parteien der einzelnen

Staaten eine sehr große Schuld tragen, und es mag sicherlich einmal die Geschichtsschreibung als einen Fehler der sowjetischen Politik bezeichnen, daß sie sich so sehr auf das Urteil und die Mitarbeit der kommunistischen Parteien in Europa verlassen hat.

Jedoch darf man unsere Haltung nicht mit etwas anderem verwechseln. Kein Volk versteht besser als das österreichische Volk, daß es keine wahre europäische Kultur ohne die Mitarbeit aller europäischen Völker, also auch der Russen, Polen, der Völker des Donauraumes und des Südostens, gibt. Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß Österreich dem Osten gegenüber genau so verpflichtet ist wie dem Westen. Es gibt gewisse Naturgesetze, über die die Geschichte eines Volkes nicht hinweggehen kann, und es ist daher vollkommen unrichtig, wenn man behauptet, wir hätten an der Spaltung Europas eine Freude. Im Gegenteil: Wir fühlen vor allem, daß die unselige Abschnürung dieser Völker vom kulturellen und geistigen Gespräch vor allem auf Kosten der Aufgabe und Mission Österreichs geht. Wir stehen heute, meine Damen und Herren, vor der Tatsache eines zertrümmerten Mitteleuropas. In der Zeitschrift „Wissenschaft und Weltbild“ hat Dr. Egon Lendl unlängst einen Artikel geschrieben: „Gibt es noch ein Mitteleuropa?“ Er sagt darin: „Rund 94 Millionen Menschen aus dem Bereich Mitteleuropas leben heute im östlichen Einflußbereich, und nur für 60 Millionen ist in Mitteleuropa ihr Leben in annähernd der alten Form gesichert, wenn auch mehr als ein Sechstel von ihnen in neuer Umgebung sich eine neue Heimat schaffen mußte.“ Er kommt zum Schluß: „Wir müssen uns daher mit dem Gedanken vertraut machen, daß das alte Mitteleuropa untergegangen ist.“ Die Auflösung der Einheit des Donauraumes war der Beginn der Auflösung Mitteleuropas und ein Symbol der Auflösung Europas überhaupt.

Der italienische Ministerpräsident Francesco Nitti hat schon im Jahre 1920 in seinem Buch „Europa senza pace“ die Auflösung Europas prophezeit.

Eine Neuorganisation des mitteleuropäischen Raumes ist unerläßlich. Aber diese Organisation Mitteleuropas muß auf drei Grundlagen beruhen. Einmal: Es gibt kein europäisches Gleichgewicht ohne ein selbständiges starkes Mitteleuropa. Zweitens: Dieser Aufbau muß von den Völkern Mitteleuropas durchgeführt werden, ohne Hegemonie von Außenseitern, die zur Zerstörung des europäischen Gleichgewichtes und zum Krieg führen würde. Und drittens: Es gibt keine Rückkehr in die Formen der Vergangenheit.

Aber über eine Organisation des mitteleuropäischen Raumes hinaus müssen wir dem

Sinn der Satzung der Vereinten Nationen immer nachstreben, um endlich zu dem zu gelangen, was man in früheren großen Jahrhunderten der europäischen Geschichte als „universitas“ bezeichnet hat. Es war ein Königsgedanke des heiligen Augustinus, als er in seinem berühmten Werke von der „Universitas in varietate gentium“ schrieb, der Einheit in der Vielheit der Völker. Das Abendland war immer dann groß, wenn es diese Einheit dargestellt hat, wenn es eine geistige und eine weltliche Führung hatte. Die geistige Führung kann nur auf dem Boden des Christentums bestehen und die weltliche nur auf dem Boden des Föderalismus. Die Menschheit nähert sich anscheinend, nachdem das Zeitalter des Nationalismus zu Ende geht, dem Zeitalter des Föderalismus. Es wäre an der Zeit, daß wir zu einem neuen Wiener Kongreß gelangen, in dem die europäischen Völker ihre Angelegenheiten unter sich selbst ordnen. Im Zeitalter des alten Heiligen Römischen Reiches erfüllte Österreich, durch Jahrhunderte an der Spitze dieses Reiches stehend, eine Weltmission. Im Zeitalter des Nationalismus hat es seine Aufgabe verloren; es war ohne Sinn, es war ohne Funktion, ja es ist letzten Endes daran zerbrochen. Nun steigt ein neues Zeitalter auf, das Zeitalter des Föderalismus. In diesem übernationalen Zeitalter, das getragen ist von großen übernationalen Systemen, an deren Spitze das System der Vereinten Nationen steht, in diesem Zeitalter des Föderalismus wird Österreich wieder seinen Sinn und seine Größe erlangen. Es wird einer großen Zukunft entgegengehen! *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident** *(der inzwischen den Vorsitz übernommen hat)*: Die Rednerliste ist erschöpft. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Frauen und Herren, die dem Antrag des Hauptausschusses, vertreten durch den Berichterstatter, Herrn Abg. Ludwig, zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Ich danke sehr. Der Antrag ist angenommen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erschöpft.

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, den 30. Oktober, 11 Uhr vormittag, statt. Auf der Tagesordnung steht die Debatte über die heutige Regierungserklärung. Falls bis dahin der Antrag des Verfassungsausschusses, betreffend die vorzeitige Auflösung des Nationalrates, vorliegt, wird auch über diesen die Debatte und die Abstimmung durchgeführt werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 18 Uhr 5 Minuten**

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei. 7065 52

